

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Sowjetnote an Nordchina.

### Protest gegen den Überfall von Peking. — Abberufung der Sowjetbotschaft.

Wie die Moskauer Telegraphenagentur meldet, ist am 9. d. M. dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau, Tschin, eine von Litwinow unterzeichnete Note der Sowjetregierung überreicht worden, in der es heißt:

Der Überfall in Peking stellt eine unerhörte Verletzung der elementaren Normen des Völkerrechtes dar, die für zwei in offiziellen Beziehungen zueinander stehenden Ländern vollkommen ohne Vorgänge ist. Wenn die Peking Regierung angenommen hat, daß sie den Überfall auf ein Gebäude ausführte, welches, wie sie in ihrer Note schreibt, direkt zum Ressort der Sowjetbotschaft gehört, so hatte sie nicht das Recht dazu, ohne letztere davon in Kenntnis zu setzen. Die Polizei und die Soldaten, die den Überfall ausführten, verweigerten jedoch nicht allein den Vertretern der Botschaft, sondern selbst dem Geschäftsträger Tschin den Zutritt zu dem Territorium, auf welchem die Durchsuchungen und Plünderungen stattfanden. Nur durch die vollkommen ungläubhafte und unwahrscheinliche Erklärung der Peking Regierung, daß bei der Durchsuchung angeblich Waffen und Dokumente gefunden worden waren, welche die Vorbereitung eines Aufstandes erwiesen, läßt es sich erklären, weshalb der

Überfall auf Räume des Militärattachés und Wohnungen Botschaftsangehöriger

unter so außerordentlichen Umständen ausgeführt wurde. Indem die Sowjetregierung gegen diese Gewalttaten und Rechtsverletzungen entschieden protestiert, erachtet sie es als notwendig, auf der

Erfüllung folgender elementarer Forderungen

zu bestehen: 1. die chinesischen Militäraufgebote und die Polizei müssen unverzüglich aus den Räumen des Militärattachés, der Botschaftsangehörigen und der Handelsvertretung entfernt werden; 2. sämtliche verhafteten Angestellten der Sowjetbotschaft und der Wirtschaftsinstitutionen der Sowjetunion müssen sofort freigelassen werden; 3. sämtliche Dokumente, die in den Räumen des Militärattachés fortgenommen wurden, müssen unverzüglich zurückgegeben werden; 4. Effekten, Geld, Haushaltsgegenstände, Bücher und sonst von der Polizei und dem Militärkommando geplündertes und beschlagnahmtes Gut muß den Eigentümern unverzüglich zurückgegeben werden.

Die Sowjetregierung ist bis zur Erfüllung dieser Forderungen geneigt, zum Zeichen des Protestes ihren Geschäftsträger Tschin mit der ganzen Gesandtschaft aus Peking abzurufen und nur das Konsulpersonal dort zu belassen. Die Sowjetregierung beschränkt sich auf die obengenannten elementarsten Forderungen, welche die Peking Regierung keinesfalls in eine erniedrigende Lage bringen. Jede imperialistische

Regierung, deren Vertretern analoge Gewalttaten angetan worden wären, hätte mit den schärfsten Repressalien erwidert. Die Sowjetregierung, die über genügende Mittel verfügt, um zu Repressalien zu greifen, erklärt dennoch, daß sie darauf verzichtet. Verantwortungslose ausländische Imperialisten wollen die Sowjetunion zum Kriege provozieren, und

das Kabinett in Peking ist nur Werkzeug eines von ausländischen Imperialisten getriebenen Spieles geworden.

Die Sowjetregierung läßt sich jedoch in ihrer Politik ausschließlich von den Interessen der Werktätigen der ganzen Welt, darunter von den Interessen der chinesischen Volksmassen, und der Arbeiterklasse aller Länder bestimmen. Als Antwort auf die Peking Provokation, welche eine Verschlechterung der internationalen Lage und eine Umwandlung der de facto bereits in Gang gebrachten Kriegsoperationen einiger imperialistischer Mächte gegen China in einen neuen Weltkrieg bezweckt,

erklärt die Sowjetregierung, daß sie sich von niemand provozieren lassen und mit allen Mitteln die Sache des Völkerefriedens verteidigen wird.

Dabei bezweifelt die Sowjetregierung nicht, daß ihr bei diesen Friedensbestrebungen die einmütige Unterstützung der wertvollen Massen aller Länder, darunter auch in erster Linie der Völker Chinas und der Sowjetunion zuteil werden wird.

Weitere Durchsuchung. — Appell der Diplomaten. Protest des Kantongenerals.

London, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine Meldung aus Peking besagt, daß die Durchsuchung der zur Sowjetbotschaft gehörenden Gebäude auch in den letzten Tagen fortgesetzt worden ist. Das diplomatische Korps hat Tschingtschun die Erwartung ausgesprochen, daß die in den Sowjetgebäuden Verhafteten vor ein ordentliches Gericht kommen. Tschingtschun telegraphierte an den Botschaftsminister Tschernsch, daß er entrüstet und empört sei über das Peking Vorgehen gegen die russische Botschaft.

Rückschlag der Kanton-Offensive.

London, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Rückschlag, den der Vormarsch der Kantontruppen erlitten hat, scheint ernster Natur zu sein. Am Sonntag sollen die Nordtruppen den Jiangsi überschritten haben und in Tschangtsiang eingetroffen sein. Damit würde es ihnen gelingen, die Eisenbahnverbindung Schanghai—Kantung zu stören.

## Keudell maßregelt.

### Staatssekretär Heinrich Schulz in den einstufigen Ruhestand versetzt.

Der Kapp-Minister von Keudell rückt sich für die Kennzeichnung, die ihm von sozialdemokratischer Seite zuteil geworden ist. Er hat heute früh unseren Parteigenossen, den Staatssekretär Heinrich Schulz in den einstufigen Ruhestand versetzt, angeblich unter Zustimmung des Kabinetts und unter Hinweis auf die Arbeiten für das Reichsschulgesetz.

Diese Maßnahme Keudells stellt sich als eine bewusste Herausforderung des Reichstags dar. Denn Genosse Schulz ist nicht nur Beamter, sondern auch Abgeordneter. Während seiner Abgeordnetentätigkeit hatte er von seinem Recht der Urlaubsnahme Gebrauch gemacht, war also an den Arbeiten für das Reichsschulgesetz im Ministerium weder fördernd, noch hindernd beteiligt. Die Entlassung dieses Staatssekretärs geschieht nur, um einem Reaktionsär im Reichsinnenministerium Platz zu schaffen.

Daß die Entlassung aus dem Amte genau zwei Tage nach Schluß des Reichstags erfolgt, zeigt, daß Keudell absichtlich die Vertagung des Reichstags benutzt hat, um diesen Streich zu führen. Ihn vorher zu tun, hat er wohl deshalb unterlassen, weil er sicher nicht mit Unrecht annahm, daß sein Bekanntwerden ihm und dem Bürgerblockkabinett einige unangenehme Auseinandersetzungen einbringen würde.

Zu der reaktionären republikfeindlichen Gesinnung kommt auch noch eine gewollte Hinterhältigkeit hinzu. Das vervollständigt das Bild, das man schon bisher von dem Minister hatte, der als Landrat nicht wußte, wie er seinen Eid zu halten habe.

## Schutzgesetz für den Streikbruch.

### Baldwins reaktionäres Antigewerkschaftsgesetz.

E. W. London, 9. April 1927.

Als der englische Ministerpräsident Baldwin im Jahre 1925 von einem ungeduligen Abgeordneten aus seinem eigenen Lager vor einen Gesekentwurf gestellt wurde, der das herrschende Gewerkschaftsrecht in einem einzelnen Punkte verschlechtern wollte, da wandte er sich in einer eindrucksvollen Rede gegen diesen Angriff auf die Gewerkschaften. Seitdem sind genau zwei Jahre vergangen und sie haben eine völlige Wandlung im Charakter der Regierung Baldwins mit sich gebracht. Die ersten anderthalb Jahre Baldwin waren durch den Versuch gekennzeichnet, die große Tradition Disreals weiter zu spinnen, dem Tory-Demokratismus ein den sozialen Inhalten der Zeit entsprechendes neues Leben einzuhauchen. In einer Zeit sich zuspitzender sozialer Gegensätze und sich vorbereitender Klassenkämpfe predigte Baldwin die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeiter. Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das war die Grundnote seines politischen Glaubensbekenntnisses. Entsprach dies nun ehrlicher Ueberzeugung oder war es nur eine heuchlerische Geste — eine solche Politik mußte jedenfalls früher oder später an den Realitäten scheitern.

Die Zuspitzung der Lage im Kohlenbergbau bot die Probe aufs Exempel. Erst suchte Baldwin auszuweichen, zu lavieren. Die neunmonatige Subsidie zur Vermeidung der Aussperrung war, so gesehen, nichts als eine Flucht aus der Wirklichkeit, vor der Entschcheidung. Als der Generalstreik ausbrach, waren die Würfel gefallen. In einem für den pathetischen Prediger des sozialen Friedens merkwürdig anmutenden Salto Mortale warf sich Baldwin nunmehr der sozialen Reaktion in die Arme: er rollte im Generalstreik gegenüber den Gewerkschaften künstlich die Verfassungsfrage auf; er vertiet die Bergarbeiter an die Unternehmer und er trat mit dem Achtstundentag-Gesetz für den Bergbau den ersten großen rückgängigen Schritt in der hundertjährigen ehrenvollen Geschichte der englischen Sozialpolitik. Baldwin ist nunmehr dabei, diese neue Aera mit dem Gesetz gegen die Gewerkschaften zu krönen, welches man in England nicht ohne Grund die magna charta des Streikbruchs genannt hat.

Der Gesekentwurf, der an vielen Stellen so dunkel formuliert ist, daß aus den anscheinend harmlossten Sätzen noch weitere, heute nicht ersichtliche Gefahren erwachsen können, macht zunächst einmal den Generalstreik und jeden politischen Streik illegal; er tut das in einer Weise, daß es in Zukunft jedem englischen Richter ermöglicht wird, auch den Sympathiestreik als ungesetzlich zu erklären. Der Entwurf verbietet in seinem zweiten Paragraphen den Gewerkschaften, in ihrem eigenen Haus Ordnung zu schaffen und im Falle der Nichtbefolgung von Gewerkschaftsaktionen der obengenannten Art gegen Streikbrecher irgendwelche disziplinarische Maßnahmen zu ergreifen; er zwingt die Gewerkschaften, und das ist ein beinahe satanischer Zug an diesem Gesekentwurf, ihre Statuten neuen Befehlen anzupassen, falls sie sich nicht außerhalb des Rechtes stellen wollen. Das Antigewerkschaftsgesetz verbietet das Massenstreikpostenstellen sowie jeden Einschüchterungsversuch der Streikenden, und es tut dies in einer Weise, die in Zukunft jeden Streikposten der Gefahr einer Aburteilung aussetzt. Den Staatsbeamten wird die Zugehörigkeit zu anderen als reinen Beamten-Gewerkschaften und der Anschluß an den Gewerkschaftskongreß, welcher dem Allgemeinen Gewerkschaftsbunde entspricht, verboten, lokalen und anderen Behörden untertaut, die Einstellung eines Angestellten und Arbeiters von seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft abhängig zu machen. Der Gesekentwurf überschreitet schließlich in dem von langer Hand vorbereiteten Paragraphen über die politische Beitragsleistung der Gewerkschaftler weit aus den Rahmen der industriellen Gesetzgebung und sucht einen, wenn auch indirekten, Schlag gegen die Arbeiterpartei zu führen.

Dieser letzte Punkt bedarf vielleicht noch eines Kommentars. Die englische Arbeiterpartei ist im Gegensatz zu ihren kontinentalen Bruderparteien eine Rahmenorganisation. Ihr Schwerpunkt, ihre materielle Grundlage und ihre organisatorische Stärke liegt nicht, wie bei den üblichen sozialistischen Parteien bei den Ortsgruppen, sondern in der geschlossenen Zugehörigkeit ganzer Gewerkschaften, die auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen ihrer Mitgliedsorganisation der Labourpartei beigetreten sind. Wünsche in der Vergangenheit ein einzelnes Gewerkschaftsmitglied der Arbeiterpartei nicht anzugehören, so hatte er das der Gewerkschaft anzuzeigen, worauf er von der politischen Beitragsleistung befreit wurde. In Zukunft soll nun an Stelle dieses negativen Vorganges die positive Erklärung eines jeden einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes treten, daß er der Arbeiterpartei anzugehören wünscht. Die Absicht hinter dieser Aenderung, die auf den ersten Blick nur geringfügig erscheinen mag, besteht darin, den politisch lauen Arbeitern eine bequemere Gelegenheit zu geben, sich ihrer politischen Pflichten Erfüllung zu entziehen. Es läßt diese Klauseln besonders niedrig und kleinlich erscheinen, daß der Ministerpräsident Baldwin hiermit die politische Opposition an ihrem wundesten Punkte, ihrer materiellen Grundlage zu treffen sucht. Die Arbeiterpartei wird bei dem Kampfe um diese Gesetzesklause in die Hintergründe der

## Severing gegen Stegerwald.

### Massenkundgebung in Düsseldorf gegen die Politik des Bürgerblocks.

Aktia, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer von 6000 Personen besuchten Kundgebung im Planetarium in Düsseldorf sprach am Sonntag Staatsminister a. D. Genosse Severing, der in seinen Ausführungen sich mit starker Entschiedenheit gegen die Politik des Rechtsblocks wandte und nachdrücklich betonte, daß die Sozialdemokratie in der Republik, die sie selbst geschaffen habe, mitarbeiten wird, daß sie darum aber den Klassenkampfcharakter nicht verleugnen wolle und könne. Scharf wandte sich Severing auch gegen Stegerwald, dessen jüngste Ausführungen derart gewesen seien, daß man sich fragen müsse, ob man Stegerwald überhaupt noch ernst nehmen könne. Ein Mann von dem Format Stegerwalds dürfe seine politische Klugheit nicht mit der Leidenschaft verbinden lassen. Im übrigen werde die Rede Stegerwalds das preußische Porzellan nicht zerbrechen. In Preußen erweise das Zentrum sowieso der Sozialdemokratie keine Gefälligkeit, sondern stelle sich nüchtern und realpolitisch auf die gegebenen Tatsachen ein.

Auf den Reichswehretat eingehend, erklärte Severing, daß es der Partei fernliege, die Schlagfertigkeit unseres 100 000-Mann-Heeres durch Abstriche beschränken zu wollen. In Genuß habe man aber mit Recht hervorgehoben, daß bei künftigen Kriegen nicht mehr der Mann gegen den Mann, sondern die Maschine gegen die Maschine kämpfen werde. Der Chemiker und der Techniker werden den künftigen Krieg führen, und deshalb könnte sich unsere Reichswehr die kostspieligen Wanders- und Feldübungen sparen. Der Kampf um die Reichswehr würde nicht entstanden sein, wenn es die Reichswehr verstanden hätte, sich als ein zuverlässiges Instrument der Republik zu erweisen.

Zur außenpolitischen Lage betont Severing mit Nachdruck, daß der erste praktische Schritt zur Befriedung der Welt, wenn Deutschland und Frankreich zu einer allgemein-wirtschaftlichen und kulturellen Verbindung kommen. Dabei betont Severing, daß er solange Gegner des Pazifismus sei, solange dieser nicht in anderen Ländern gleiche Fortschritte erziele wie in Deutschland. Zu einer praktischen Abrüstung auch in den ehemaligen Feindstaaten werde man aber erst kommen, wenn das gegenseitige Mißtrauen beseitigt sei. Severing schloß seine, von starker Wirkung getragenen Ausführungen in einem Appell an die Arbeiter-

schaft, den stärksten Feind der Arbeiterschaft, die Indolenz und Gleichgültigkeit zu bekämpfen. Die Versammlung brachte der Düsseldorfer Partei einen vollen Erfolg.

Finanzierung der konservativen und liberalen Partei hineinschichten, die die bodenlose Heuchelei dieser, im Namen politischer Moralität in das Gewerkschaftsgesetz von Baldwin eingeschlossenen Maßnahme aufdecken wird. Die praktische Wirkung dieses Verdictes durch den Führer der Konservativen, die Partei der Opposition zu schädigen, dürfte geringer sein, als sich die Urheber dieses Gesetzes in ihrer völligen Verkenntnis der Psychologie der Arbeiterklasse vorstellen: Es wird nach dem Inkrafttreten dieser Klausel für einen Arbeiter moralisch noch viel unmöglicher sein, sich seiner politischen Beitragsleistung zu entziehen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Ein Gesamtblick auf den neuen Gesetzentwurf zeigt, daß England, das Mutterland und für Jahrzehnte das Vorbild fortschrittlicher sozialpolitischer Gesetzgebung, nunmehr endgültig mit den sozialpolitisch rückschrittlichsten Ländern weiteifert. Denn was hier gegen die britischen Gewerkschaften geplant wird, ist nicht nur, gemessen an dem bisher geltenden englischen Rechte, ein Rückschritt, sondern es geht hinter das zurück, was heute im Jahre 1927 als sozialpolitischer Durchschnittszustand in den demokratisch regierten Ländern Europas Recht oder zumindest Gebrauch ist. Man braucht nur an das Verbot des Streikpostens vor dem Hause, in dem ein Arbeiter wohnt, usw. hinzuweisen, um diese Behauptung nicht als Übertreibung erscheinen zu lassen. Aber die Antwort auf diesen verächtlichen Versuch der Regierung, die Widerstandskraft der Arbeiter zu brechen, ist ein einziger spontaner Entrüstungsschrei von einem Ende Großbritanniens zum andern. Er hat die Arbeiterpartei, die in den letzten Monaten mit ersten inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, mit einem einzigen Schlage wieder zusammengeführt.

## Landbund und Bauern.

### Eine abgefallene Bauernaufsehung im Kreis Teltow.

Bekanntlich haben sich selbst die großen Bauernorganisationen zu einem einheitlichen Verband zusammengeschlossen. Welcher Art die Vorkommnisse sind, die die berechtigte Empörung der schaffenden Kleinbauern gegen die Führung des Großgrundbesitzes heraufbeschworen haben, das zeigt folgender Fall, der sich kürzlich im Kreise Teltow ereignet hat.

Hier ist es, so wird uns geschrieben, anlässlich der Wahl zur Landwirtschaftskammer 1927 zu einer bezeichnenden Aufsehung der Kleinbauern und Gärtner gegen die unter der Regide des Landbundes aufgestellte Liste gekommen. Diese enthielt drei dem Grundbesitz angehörige Herren. Aus Jossen, Selchow und Trebbin waren nun von den Kleinbauern und Gärtnern drei Berufsgelehrten aufgestellt worden, zu deren Empfehlung ein Flugblatt ausgegeben wurde, in dem es heißt:

„Bauern und Gärtner machen 80 Proz. des Besitzes und 98 Proz. der Wähler aus. Wäre es doch Pflicht der Führer (man sieht die Bewegung geht von den im Landbund organisierten Kleinrentariern aus) gewesen, die erste Stelle wieder wie im Jahre 1921 mit einem Bauer zu besetzen. Trotzdem fest man jetzt wieder den bei vielen Kleinrentariern nicht gemeinen Großgrundbesitzer Herrn von Goerzke an erste Stelle.“

Die Aufregung spiegelt am besten der in der Landbundszeitung Nr. 9 abgedruckte Appell an die Landfrauen wider, in dem es heißt:

„Demokraten und Sozialisten haben sich mit einigen Unzufriedenen aus unseren eigenen Reihen zusammengeschlossen.“

Als zweite an die „Gärtner“ gerichtete Beschwörung wurde die Erklärung der Bezirksgruppe Berlin vom Reichsverband des deutschen Gartenbaus“ abgedruckt, daß sie die Liste „im vollsten Einvernehmen mit dem Landbund aufgestellt habe.“

Das Resultat der Wahl war, daß in den Orten, wo agitiert worden war, die Kleinbauernliste die große Mehrheit davontrug. Da aber die Agitation wegen des späten Hervortretens der Kleinbauern nur wenige Orte umfaßt hatte, so kam

der Landbund melden, daß seine drei Kandidaten gewählt seien. Der Gedanke, daß Großgrundbesitzer allein nicht die Vertreter des deutschen Land- und Gartenbaus sein sollten, dürfte aber, nachdem er sogar von „Unzufriedenen aus den eigenen Reihen“ ausgesprochen worden ist, den Landbundmachern noch weitere unangenehme Stunden bereiten. Die Zahl der Unzufriedenen wird weiter wachsen. Aber auch die kleineren Gärtner haben nach Obigem alle Ursache, eine Veränderung herbeizuführen, wozu ihnen jetzt mehr als früher Gelegenheit geboten ist.

## Völkische Ausschreitungen in Köln.

### Trotz des Verbots ihrer Organisation!

Köln, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag kam es in Köln zu lebhaften Zusammenstößen zwischen Links- und Rechtsradikalen. Die Nationalsozialisten hatten eine Versammlung abgehalten, um gegen das Verbot ihrer Kölner Ortsgruppe zu protestieren. Im Anschluß an diese Versammlung zog ein Trupp Hitlerleute durch die Stadt, wobei es zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten kam. Die Auseinandersetzungen nahmen rasch tätlichen Charakter an. Mehrere Personen erlitten so erhebliche Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußten. Die Polizei verhaftete eine Anzahl Nationalsozialisten und Kommunisten.

## Sacco—Vanzetti.

### Die Internationale mahnt den Staatsgouverneur.

Am 8. April ist folgendes Kablelgramm an den Gouverneur des Staates Massachusetts abgegangen, der über das Schicksal Saccos und Vanzettis die Entscheidung hat:

„Sieben Millionen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale organisierte Arbeiter sind von der Anschuldigung Saccos und Vanzettis überzeugt. Ich fordere Sie auf, die Exekution nicht zuzulassen, die so tief das Gewissen der Menschheit verletzen würde.“

Senator Louis de Brocère,

Vorsitzender des Komitees für politische Gefangene der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

## Vor dem Parteitag in Lyon.

### Beschlüsse der Bezirksverbände.

Zu Orléans tritt in Lyon der Jahresparteitag der französischen Sozialisten zusammen. Im Hinblick auf diese Tagung fanden gestern zahlreiche Bezirksparteitage statt, um Stellung zu der künftigen Haltung der Partei, insbesondere bei den nächsten Wahlen im Frühjahr 1928, zu nehmen. Der Bezirkstag von Paris und Umgebung nahm mit starker Mehrheit eine Resolution an, die sich gegen ein wahlstatistisches Zusammengehen mit den bürgerlichen Listen ausspricht. In der Diskussion wurde auch das von Boncourt befürwortete und von der sozialistischen Kammerfraktion gutgeheißenem Gesetz über die Verwendung des Heeres im Kriegsfall lebhaft getadelt. Es wurde beschlossen, die Einberufung einer Nationalratsversammlung der Partei zur besonderen Behandlung dieser Frage zu beantragen. Schließlich wurde auch zu der Tätigkeit Boncourts im Böhmerland Stellung genommen, wobei die Mehrheit die Auffassung zum Ausdruck brachte, daß die Tätigkeit Boncourts in Genf für die Partei eine gefährliche Belastung sei.

Von den anderen Bezirksparteitagen ist zu erwähnen, daß der stärkste Bezirksverband, nämlich der des Nordens, dessen Stimmen auf dem Gesamtparteitag meist den Ausschlag geben, sich im Gegensatz zum Vorjahr für ein wahlstatistisches Zusammengehen mit den Radikalen ausgesprochen hat.

Die Rebellenverurteilung aus Niederländisch-Indien nach Kew-Guinea geht weiter. 60 Mann, mit Frauen und Kindern 130 Personen, mußten neuerdings für immer die Heimat verlassen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Stofis im Indischen Volksrat setzt sich lebhaft für die Ausgewiesenen ein.

## Weißrußland.

### Modlauer Ordensverleihung für in Polen verhaftete Weißrussenführer?

Warschau, 11. April. (D.) Polnische Blätter melden, daß die Regierung von Sowjet-Weißrußland bei der Bundesregierung in Moskau den Antrag gestellt hat, den weißrussischen Abgeordneten des polnischen Sejms Boloschin und Holowasski, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation Hromada von der polnischen Regierung verhaftet worden sind, den Orden der Roten Fahne zu verleihen. Die Führer der in Polen verfolgten weißrussischen Hromada werden in Sowjet-Weißrußland als Helden ihres Volkstums und als Märtyrer der weißrussischen Unabhängigkeitsbewegung angesehen, was durch die Ordensverleihung zum Ausdruck gebracht werden soll.

## Der zurückgewiesene Mussolini-Orden.

### Der mexikanische Altpräsident Obregon will vom Herrscher nichts wissen.

Aus Mailand wird uns berichtet:

Die italienische Presse hat vor einiger Zeit die Nachricht veröffentlicht von der Verleihung italienischer Auszeichnungen an den mexikanischen Präsidenten Calles, an den Außenminister Saenz und an den früheren Präsidenten der Republik, Alvaro Obregon, der bei den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder kandidieren wird. Ohne jede Zeremonie wurden die Orden Calles und Saenz überreicht, und man erwartete, daß Obregon in die Hauptstadt kommen würde, wo ihm der italienische Gesandte die Krone zum Annunziatenorden, der höchsten italienischen Auszeichnung, überreichen sollte, die ihm der König von Italien auf Vorschlag Mussolinis verliehen hatte. Obregon aber teilte der Presse mit, daß er mit Verachtung den italienischen Orden zurückweise, versicherte indessen gleichzeitig, daß er hiermit das italienische Volk in keiner Weise beleidigen wolle. Dieses liebt und bewundert er, mit dem Verräter Mussolini aber wolle er nicht das geringste zu tun haben.

Die Angelegenheit hat in Mexiko großes Aufsehen erregt. Der italienische Gesandte wagte nicht zu protestieren, da die Zustimmung der mexikanischen politischen Kreise gegenüber dieser Verleihung des italienischen Schwarzhemdenordens zu stark war.

Die sozialistische Tageszeitung „El Sol“ veröffentlicht die Nachricht, daß Calles und Saenz die Auszeichnung nur aus formalen Gründen angenommen haben, im übrigen aber in der Beurteilung des Faschismus mit Obregon übereinstimmen.

In Mexiko wohnenden italienischen Flüchtlinge haben an Obregon eine Dankadresse für seine mutige Ablehnung des Faschismus gerichtet.

## Faschistische Steuerpresse.

Ein Rundschreiben der Larnopoler Bezirksorganisation des von Roman Dmowski gegründeten nationalsozialistisch-faschistischen „Großpolnischen Lagers“ fordert alle Mitglieder auf, nach genau ausgearbeiteten Plänen zugunsten der Organisation eine Steuer zu entrichten. Personen, die sich weigern sollten, die Steuer zu zahlen, werden von mit Legitimation versehenen Intassobeamten in ein schwarzes Buch eingetragen. Industrie- und Handelsunternehmungen schreibt das Dmowski-Lager eine Steuer von 1 Prozent des Jahresumsatzes vor. „Glas Prawdy“ („Stimme der Wahrheit“) nennt diese Organisation des „Lagers“ einen neuen skandalösen Versuch der Beschwindelung und Terrorisierung der Bevölkerung.

Der italienisch-ungarische Pakt ist auf zehn Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikationen abgeschlossen. Falls er nicht ein Jahr vorher gekündigt wird, bleibt er weitere zehn Jahre in Kraft. Artikel 2 verpflichtet beide Parteien im Falle eines Konfliktes zu einem Ausgleichsverfahren und falls das nicht zu einem Erfolge führen sollte, zur Anrufung eines Schiedsgerichtes.

## Der Dichter und die Volkspaläste.

Von Hans Bauer.

Wenn nun wirklich einmal, nicht heute, nicht morgen zwar, aber doch demnächst durch unser heutiges, durch unser morgiges Eintreten dafür, die Erde zum Paradies geworden sein wird, wenn tatsächlich die Erzeugnisse der Technik, die Fortschritte der Wissenschaft jeglichem Menschen zugute kommen werden — ja, um Himmelswillen, was soll dann bloß aus jenen guten, lieben Dichtern werden, die es gar so schön heraushaben, die Poetie der Kunst zu besingen! Noch zeichnen sie die Romantiker des lärglichen Wahles in liebevoller Kleinmalerei nach, noch würzen sie mit schaulustigem Humor ihre lebenswichtigen Schilderungen eines Kleinfarmersidylls. . . . Es ist ihr Stil, es ist ihre Art, dem Alltag des Kleinen die Schwere zu nehmen. Nicht auszubedenken, daß irgendwann einmal ihre gefällige Feder das materielle Objekt seiner Betrachtung nicht mehr antastet!

Herr Rudolf Stray zum Beispiel ist einfach aus dem Häuschen. Was einem Dichter aber auch alles passieren kann! Dieser Mann ist für Hugenberg nach Wien gereist, und als er einfuhr in die Stadt, hatte er von früher her noch ihre „süßen Wädel“, ihre „seltsamen Flaker“, ihren „mondbell hallenden Gassenzauber“, die „verträumten Erkergehörkel und dämmerigen Torgewölbe“ in Erinnerung, kurzum, das ganze Singspielhallen-Wien einer idealisierten Zurückgebliebenheit.

Und was hat Rudolph Stray nun angetroffen? Ei, in alle Gegend verstreut: „Volkspaläste der Zehntausende“, die über Nacht entstanden sind. „Fluten von Lust und Licht dringen bis in ihre letzten Winkel.“ Herrliches, herrliches hat Stray gesehen: „Hunderke von Loggien, Erkern, Balkons. . . Die Höfe himmelhell und im Schatten alter Bäume, Sandbuddelplätze für die Kleinen, Planschbecken, Wildtrinkhallen. . . Hinter säulengetragenen feineren Laubgängen die Fleisch- und Bäckertischen der Konsumgenossenschaft. In jedem Hof das Schild des Arztes, der Hebammen, der Volksbücherei. . . Die Architektur? Nun, bürgerlich phantastisch, kunstvoll geschwungen und geslickert. . . Kühnlich überstehende Giebel. . . Das Innere? Ueberall Sonne, Lust, Licht, Jugendländ. . . Blumen am Fenster. . . Kanarienvogel im Käfig, Rindlein in der Wiege. Freundliche Leute. Ein Wohl. . .“

Rudolph Stray ist begeistert — und er ist ganz entsetzt darüber, daß er es sein muß. Es hat nämlich eine schreckliche Bewandnis mit den Volkspalästen! Ja, so schön nehmen sie sich aus, diese gefunden Wohnungen für das wertvolle Volk. Jedoch, Rudolph Stray, der Dichtermann, hat tiefer gesehen. Er hat sich nicht mit dem Blick auf die sonnengebadeten Stadtburgen begnügt, er hat auch einen noch anderswohin geworfen. Und da freilich ist sein Blut erhartet und der „Rückschlag“ hat eingesetzt, so daß Stray nunmehr anklagen muß, „man morde Wien, bemüht, aus Wien heraus morde

man Wien. . . Wiens Lieberlieferung, Wiens Kultur, Wiens Kunst, Wiens Wirtschaftsleben mühten zusammenbrechen!“ Die Herrlichkeiten, die er zunächst einmal in den herrlichsten Farben malte, werden ihm jetzt schrecklich zum „großen inneren Problem des kleinen Oesterreich.“ Unter den Portalen hat Stray das Schreckliche bemerkt. . . . Totengerippe am Ende? Einen Blutstiller? Nicht doch, sondern die Inskription, daß diese Paläste aus Mitteln der Wohnbausteuer von der Gemeinde Wien erbaut worden seien. Nun ist aber die Gemeinde Wien eine rote Gemeinde — und da besinnt sich der Dichter plötzlich auf seine bessere Natur, die unmöglich zugeben kann, daß eine Klasse als Bauherr austritt, der man als besserer Herr im besten Falle mit herablassendem Wohlwollen und teufeliger Reserve begegnen kann. Die über den grünen Aee gepriesenen Quartiere werden ihm daher schnell zu „Zwingburgen über Wien“, zu „goldenen Rähen auf roten Wellen“, zu „Hochburgen des vierten Standes“, die gar noch die Geschmackslosigkeit ausbringen, sich nicht nach dem Kaiser Franz und nach seinen Schönbrunner Hofdamen und Oberkammerherren, sondern nach sozialistischen und demokratischen Führern wie Vassalle und Robert Blum zu benennen.

Rudolph Stray ist ehrlich böse. Sein Dichtergenius begreift manches, und seine Phantasie fliegt bis zu den Sternen, aber daß eine Arbeitervertretung sich unterfängt, die Mittel der Wohnbausteuer zum Bau von schönen Arbeiterwohnungen zu verwenden, das will ihm nun doch nicht in den Kopf.

Ja, so ein Dichter, das ist ein rechter Mann. Bei dem verelnen sich noch Lust zum Fabulieren mit dem Sinn für Realitäten. Im veranzten Klumpfuß zusammenstürzender Mansardenwohnungen entdeckt seine Fabulierlust mit Beichtigkeit den „Märchenzauber dämmeriger Torgewölbe“, dafür erschrickt dann sein Realitätsinn beim Anblick himmelheller Höfe, über die Wohnbausteuer, die die wohlhabenden Leute entrichten müssen. Die Volkspaläste sind gewiß ein Ideal, aber so sehr die besseren Dichter auch in der Predigt der Ideale ihre göttliche Sendung begreifen, — man muß immer wissen, wie weit man zu gehen hat, und der Weg zu den Idealen darf nun schließlich nicht gleich über die Steuerbeträge der Besitzenden führen!

Der befreite Kuh der Chinesin. „Nach vor zwanzig Jahren“, so schreibt Professor B. E. Goodhill, der Chinaforscher an der Universität Oxford, in der „Contemporary Review“, „traf man gebildete chinesische Mädchen mit natürlich entwickelten Füßen ausschließlich in den Missionsschulen. Damals hatte noch die Hälfte der weiblichen Bevölkerung des Landes, rund hundert Millionen Frauen und Mädchen, die zu Füßen verkrüppelten Füße. Seitdem hat sich dieses Verhältnis jedoch gründlich geändert. Wenn es noch eines Beweises für den gewaltigen Fortschritt bedürfte, der sich im chinesischen Leben vollzogen hat, so würden ihn die zahlreichen Firmenbilder an den Geschäften erörtern, in denen Damenschuhe verkauft werden. Noch vor zwanzig Jahren waren diese Böden in China völlig unbekannt. Heute gibt es keine Stadt, die nicht ihren Schuhladen für Frauen besäße. Damals war jede Frau gezwungen,

ihre „Drei Zoll goldene Stiefel“ dazu zu verwenden, das, was von ihren verkrüppelten Füßen übrig blieb, schamhaft zu verdecken. Heute verjagt sie sich in den Schuhläden mit wunderroll gearbeitetem Schuhwerk in allen möglichen Formen, auf das sie ebenbürtigen Wert legt wie auf fleischfarbene Seidenstrümpfe. Und bereit wie die Füße der Chinesin sind auch ihre rabenschwarzen Haare, die heute nicht mehr aus der Stirn zurückgestrichen und am Hinterhaupt straff zusammengelassen werden, sondern sich der Freiheit erfreuen und der Subitkopfmode huldigen dürfen. Die Chinesin unterscheidet sich hierin nicht mehr von ihren Schwestern in Europa und Amerika. Die Mode der kurz gekämmten Haare hat sich rasch und überall verbreitet, so daß man heute in ganz China und auf jeder Station der mandchurischen und sibirischen Bahn Frauen in Subitkopf und Seidenstrümpfen sehen kann.“

140 Millionen Jahre von der Erde entfernt. Unsere Vorstellungen von den ungeheuren Zeit- und Raumverhältnissen im Kosmos werden bereichert durch das System der großen Sternennebel, das von dem Astronomen der kalifornischen Mount-Wilson-Sternwarte, Dr. Hubble, im „Astrophysical Journal“ entworfen wird. Hubble hat kürzlich mit dem riesigen 100zölligen Fernrohr der Sternwarte die Verteilung der großen Nebel im Raum genau studiert. Schon 1900 glaubte der englische Astronom Sir William Herschel bei der Beobachtung dieser großen Nebel, daß jeder von ihnen an Größe und Materiegehalt mit dem ganzen System von einer Milliarde Sternen verglichen werden könnte, die in der „Milchstraße“ verbunden sind und zu denen auch unsere Sonne gehört. Der amerikanische Astronom findet nun diese Ansicht bestätigt. Die schwachen Nebel erscheinen nur schwach wegen ihrer großen Entfernung. Die Nebel, die mit dem Mount-Wilson-Fernrohr am schwächsten sichtbar sind, liegen so weit entfernt, daß ihr Licht 140 Millionen Jahre braucht, um uns zu erreichen. Innerhalb dieser Entfernung müssen gegen zwei Millionen Nebel liegen. Hubble hat festgestellt, daß diese Nebel ziemlich gleichförmig in einer Durchschnittsentfernung von etwa 1 800 000 Lichtjahren voneinander entfernt sind. Die fernsten Gegenstände, die früher mit Fernrohren festgelegt wurden, lagen in einer Entfernung von „nur“ einer Million Lichtjahren. Wie der englische Astronom Dr. Jeans im Anschluß an diese Feststellungen in der „Nature“ ausführt, wird dadurch die Theorie Remons von der Entstehung der Nebel bestätigt. Newton sprach 1692 die Annahme aus, daß riesige Gasmassen, die im Raum verstreut werden, sich zu dichteren Massen zusammenziehen müßten. Dr. Jeans berechnete 1901, wie weit entfernt diese Nebel sein müßten, wenn sie auf diese Weise entstanden wären, und kam dabei auf mehr als eine Million Lichtjahre, eine Berechnung, die nun durch Hubble bestätigt wird.

Die Preussische Staatsbibliothek ist während der Osterferien von Donnerstag, dem 14. April, 12 Uhr mittags, bis Montag, dem 18. einschließlich geschlossen.

Sowjetkongress und Radio. Die Verhandlungen des jetzt in Warschau zur Vorbereitung für den allgemeinen Sowjetkongress tagenden ukrainischen Sowjetkongresses sind durch das Radio in Wien, Pola und anderen größeren Städten der Ukraine verbreitet worden. Um die zu diesem Zweck aufgestellten Lautsprecher vorzuziehen sich große Volksmassen. Die Lautsprecher funktionierten ausgezeichnet. Es war das erste Mal, daß die breiten Massen auf diese Weise den Verhandlungen eines Kongresses folgen konnten.

# Die Hakenkreuz-Pest.

Ueberfall auf den russischen Konsul in Königsberg.

Königsberg, 11. April. (WZ.) Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ erzählt, ist in der vergangenen Nacht auf den Konsul der Sowjetrepublik Kantor ein Ueberfall verübt worden. Der Konsul wurde in der Krugstraße von einer Anzahl mit Wundjacken bekleideter Männer angerepelt und erhielt Stöße über den Kopf, die ihn zu Boden streckten. Schupomannschaften nahmen etwa 30 Mann fest.

Ein weiterer Bericht über den Ueberfall auf den russischen Konsul besagt: Sonnabend abend hatte eine Versammlung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft stattgefunden. Nach Schluß der Versammlung ist eine Anzahl von Versammlungsteilnehmern an der Ecke der Krugstraße auf eine Gruppe von zwei Herren und zwei Damen gestoßen, die sich auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig in russischer Sprache unterhielten. Ein Hauslehrer Boris Sechel, reichsdeutscher Staatsangehöriger, der in Schabot in Turkestan geboren ist, hat sich zu der Gruppe hinüberbegeben und einem der Herren einen Schlag über den Kopf versetzt, so daß er zu Boden fiel. Sechel will nicht gemerkt haben, daß es sich um den russischen Konsul handelte. Sechel ist festgenommen worden und wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Der Konsul hat sich bei dem Fall eine Verletzung am Fuße und an der Hand zugezogen, die jedoch nicht ernster Natur sind. Im Laufe des heutigen Vormittags haben der Regierungspräsident und der Polizeipräsident dem Konsul Besuche abgestattet.

Die böllischen Banden wurden zu einer Landplage. Sie betreiben systematisch die Taktik der meuchlerischen Ueberfälle auf Andersdenkende. Der Zwischenfall von Königsberg legt davon ebenso Zeugnis ab wie die unerhörten Vorfälle in Berlin und die Bahnhofsschlacht von Groß-Lichterfelde.

Wird ihr Treiben langmütig geduldet, so wird die Folge sein, daß schließlich die Betroffenen zur schärfsten Selbsthilfe greifen müssen.

Der Königsberger Fall ist besonders ernst, da es sich um den Vertreter einer auswärtigen Macht handelt. Nach weiteren Berichten haben die böllischen Banden sehr genau gewußt, daß sie den russischen Konsul vor sich hatten. Aus ihrer Mitte wurde gerufen: „Das ist ja der russische Konsul! Schlägt ihn tot!“

Wir hoffen, daß eine strenge Untersuchung geführt und gegen die Hakenkreuzbanden die ganze Strenge des Strafgesetzes angewandt wird. Darüber hinaus erhebt sich die Frage, welche Maßnahmen generell ergriffen werden müssen, um dem Banditismus der sogenannten Nationalsozialisten wirksam ein Ende zu machen. Die Bevölkerung hat es längst satt, sich von Randschändern terrorisieren zu lassen, die unter dem Vorwand politischer Demonstration ihre Züge unternehmen.

## Eine Darstellung der Polizei.

Königsberg, 11. April. (WZ.) Die Kriminalpolizei gibt über den Ueberfall auf den russischen Konsul folgendes bekannt:

Am 9. dieses Monats, abend 10,45 Uhr, ist der Konsul der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Kantor, in der Nähe der Burgstraße

mit einem schweren Stod auf den Kopf geschlagen

worden, so daß er zu Boden fiel, wobei er sich die Verstauchung einer Hand und die Verletzung eines Beines zuzog. Ernster Natur scheinen diese Verletzungen nicht zu sein, da sich der Konsul außer Gefahr befindet. Außerdem ist der Konsul von mehreren Personen grob beschimpft worden. Als Täter ist der Hauslehrer Boris Sechel, der mit einer größeren Anzahl — 50 bis 60 Personen — zusammen aus einer Versammlung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der nationalsozialistischen Gemeinschaft kam, von den Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums ermittelt worden. Ueber den Grund zu der Tat gibt Sechel, der lange Zeit in Ausland gelebt hat und der russischen Sprache mächtig ist, an, er habe, als er den Konsul mit mehreren Personen zusammen traf, gehört, daß sich dieser in abfälliger Weise über die Christen in Ausland geäußert hätte. Diese Äußerung habe ihn so gereizt, daß er sich nicht mehr halten konnte und blindlings auf den Konsul eingeschlagen habe. Er will aber, als er schlug, nicht gemerkt haben, daß er den Konsul vor sich habe, sondern geglaubt haben, er hätte es mit russischen Juden zu tun.

Nach Aussagen von Zeugen ist die Darstellung des Sechel unrichtig.

da der Konsul eine abfällige Äußerung nicht getan hat. Infolge des Vorfalles wurden von einem Schutzpolizeibeamten 20 Personen festgenommen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums zur Vernehmung vorgeführt. Mit Ausnahme Sechels, der dem Amtsgericht vorgeführt worden ist, sind alle Sittierten nach ihrer Vernehmung entlassen worden.

## Das Außenministerium entschuldigt sich.

Heute vormittag hat ein Vertreter des Reichsaußenministers der russischen Botschaft das Bedauern der Reichsregierung über den Anschlag auf den Sowjetkonsul in Königsberg ausgesprochen.

## Postkredit und Girozentrale.

Präsident Kleiners Vernehmung im Darmat-Prozess.

B. S. In der heutigen Verhandlung des Darmat-Prozesses wurde zunächst Ministerialrat Lüssmann, der Geldbezerher des Reichspostministeriums, über den 10-Millionen-Kredit gehört, den die deutsche Girozentrale auf Veranlassung von Dr. Höfle zur Weiterleitung an Darmat aus Postmitteln erhalten hat. Er bekundete, daß Minister Höfle ihn, den Geldbezerher, im Sommer 1924 gefragt habe, ob die Deutsche Girozentrale 10 Millionen Mark bekommen könnte. Er, Lüssmann, habe das abgelehnt, weil man im Augenblick nicht so flüssig gewesen sei. Höfle habe der Süddeutschen Girozentrale gegenüber aber doch die Zusage gemacht, ohne daß er, der Zeuge, damals davon etwas erfahren habe.

Rechtsanwalt Juliusberger: Wie ist es überhaupt möglich gewesen, daß Minister Höfle Geld bewilligte und daß es ausgezahlt wurde, ohne daß Sie als Geldbezerher etwas davon wußten? Zeuge: Die Girozentrale gehörte zu unseren Kunden und konnte Kredite abrufen. Vors.: Es war wohl also so, daß zwischen der Post und der Girozentrale ein dauernder Kreditvertrag bestand und daß Dr. Höfle ein Sonderabkommen getroffen hatte über die 10 Millionen, von denen Sie nichts wußten. Wenn nun Geld angefordert wurden, so glaubten Sie doch, es handele sich um den laufenden Kredit? Zeuge: Jawohl. Rechtsanwalt Juliusberger: Sie hätte es trotzdem für ausgeschlossen gehalten, daß der Geldbezerher nichts davon gewußt hat. Kam es denn öfter vor, daß Kredite von der Post an öffentlich-rechtliche Institute gegeben wurden, mit der Empfehlung, den Kredit an irgendeine besondere Stelle hinzuleiten? Zeuge: Jawohl, das wurde von Minister Höfle öfter gewünscht. In der damaligen geldknappen Zeit wurde Dr. Höfle als Parlamentarier direkt mit Kreditge suchen

# Das Spitzelattentat vor dem Ausnahmegericht.

Prozessbeginn gegen Zaniboni und Capello.

Nach wiederholten Verlegungen, die durch die Erkrankung des Präsidenten Generals Sanna motiviert wurden, wird nun der Prozess gegen Zaniboni, Capello und die andern sechs Mitangeklagten am 11. April unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Freri in Rom beginnen. Warum man gerade, da man nun schon 17 Monate gewartet hatte, die Osterwoche gewählt hat, ist schwer einzusehen, es sei denn, daß man diese zu den streng kirchlichen Tendenzen des Faschismus in Widerspruch stehende Wahl aus dem Wunsch erklären wollte, durch die Feste und den Trubel des Fremdenzustroms die Aufmerksamkeit von den Verhandlungen abzulenken.

Die Vorgeschichte des Prozesses ist bekannt. Wir haben in ihr gleichsam das Paradigma des

## „rechtzeitig von der Polizei entdeckten Attentats“.

Auch, wenn wir uns an die offiziellen Darstellungen halten, reicht die Mitwirkung der Polizei genau so weit zurück, wie die ersten Schritte zur Verwirklichung des Attentats. Ein Rechtsanwalt und sogenannter Journalist Quaglia hätte im Verkehr mit Zaniboni den Gedanken eines Anschlages auf das Leben des Ministerpräsidenten angedeutet oder aufgegriffen. Gleich beim Beginn der Vorbereitungen wäre aber in Quaglia (Quaglia heißt: Wachtel, und in übertragenerem Sinne: Schlaumeier) die Reue erwacht. Diese Reue trieb ihn zwar nicht, seinem Gefährten abzugeben, wohl aber trieb sie ihn, im Galopp zur Polizei, unter deren Oberaufsicht dann die weiteren Schritte getan wurden: Anlauf des Gemehrs, Rieten des Hotelzimmers unter falschem Namen usw. Am 5. November 1925 erfolgte dann die Verhaftung. Es handelt sich also auch nach offizieller Lesart um ein Spitzelattentat. Tüftelt man hinzu, das Quaglia schon früher, in einem andern unpolitischen Prozess als Polizeikonfident erschienen war, so ist der Leser völlig im Bilde.

Eigentlich werden in Rom zwei ganz verschiedene Prozesse gleichzeitig verhandelt werden, zwischen denen nur insofern ein Zusammenhang besteht, als beide demselben Quaglia in Kommission gegeben wurden: der Prozess gegen Zaniboni und der gegen Capello.

### Zaniboni

gibt zu, Mussolini nach dem Leben getrachtet zu haben: nur hat er diesen seinen Willen durch keine Tat verwirklicht, aus dem einfachen Grunde, weil ihm ja als Handlanger Quaglia beigegeben war. Was Quaglia tat, ist aber auch nicht gerichtlich zu belangen, denn er handelte ja im Einvernehmen mit der Polizei oder direkt in ihrem Auftrag. Da der Polizeikonfident nach kurzer Haft entlassen wurde und heute gar nicht unter Anklage steht, handelt es sich also lediglich darum, über die Strafbarkeit einer unentwickelten Absicht zu entscheiden. Zaniboni leugnet, wie gesagt, die verbrecherische Absicht nicht.

### Bei

### Capello

liegt die Sache ganz anders. Nach allem, was über das Bemeinmaterial bekannt wurde, hat er mit dem ganzen Anschlag nichts zu tun und ist nur in einer Zeit in ihn verwickelt worden, als alles, den offiziellen Angaben nach, schon längst abgetan war. Capello ist bekanntlich General und hat das italienische Heer bei der Einnahme von Goetz befehligt. Er war Faschist und zog als solcher mit den andern Generälen im Schwarzhemd im Oktober 1922 in Rom ein. Erst in der Folge wurde er Antifaschist, als er die weitere Entwicklung des Regimes sah, namentlich durch den Kampf gegen den Freimaurerorden, zu dessen hohen Würdeträgern Capello gehörte. Das, was ihn dem Faschismus entfremdet hat, sollte nun der Anlaß dazu werden, ihn in den Prozess Zaniboni zu verwickeln, eben der Freimaurerorden. Mussolini hat bekanntlich gewisse fixe Ideen in bezug auf die Freimaurerei. Er hatte sie schon, als er noch in der sozialistischen Partei war; damals betrieb er im Verein mit Francesco Ciccotti und Angelica Salabanoff den Ausschluß der Freimaurer. Noch heute läßt er durch seine Presse verbreiten, daß z. B. die Spannung zwischen Italien und Jugoslawien ein Werk der Freimaurer sei, daß die internationale Freimaurerei einen Krieg (sic!) gegen Italien vor-

bereite, daß die Angriffe des Internationalen Arbeitsamtes gegen die italienischen Zwangsarbeiter von den Freimaurern inspiriert seien usw. Man wollte eine Handhabe gegen den Orden haben, auch, um keine Archive an sich reißen zu können, die die frühere Zugehörigkeit vieler „Hierarchen“ des Faschismus zum Orden beweisen, so z. B. die des damaligen Generalsekretärs Farinacci, der auf Ehrenwort erklärt hatte, nie Freimaurer gewesen zu sein. Wahrscheinlich war es reiner Zufall, daß man gerade auf Capello verfiel; Versuche, statt seiner den Großmeister selbst, Domizio Torrigiani zu verurteilen, wurden sicher unternommen. Als Zaniboni schon auf Schritt und Tritt zwei Polizisten auf den Fersen hatte, veranlaßte ihn Quaglia zu einer Unterredung mit Capello. Bei dieser Unterredung auf offener Straße hat Zaniboni den General um Geld. Die Aushändigung dieser Summe, die unter den überlieferten Hundertstücken zu einem Pack von Tausendnoten angeschwoll, stellt das hauptsächlichste Anklagematerial gegen Capello dar: er soll Zaniboni aus der Kasse des Freimaurerordens das

### Geld für das Attentat

gegeben haben. Dabei ist immer zu beachten, daß der erste Kontakt zwischen Zaniboni und dem General — die einander schon früher kannten — hergestellt wurde, als bereits nach offizieller Lesart, Quaglia im Auftrag des Ministeriums des Innern handelte.

Während Zaniboni die bedeutendere und interessantere Persönlichkeit ist, stellt der Versuch, Capello in das Attentat zu verwickeln, die politisch wichtigere Seite des Prozesses dar, denn wir haben hier eine langwierige, durchdachte, wenn auch ziemlich plumpe Ministerarbeit vor uns, um eine Institution zu vernichten, der der Faschismus eine märchenhafte Macht zuschreibt. Bekanntlich wurden gleich nach dem Attentat alle Freimaurerlogen in Italien und den italienischen Kolonien befehligt, wobei man aber die Enttäuschung erlebte, weder die erwarteten Schätze noch die erhofften Dokumente zu finden.

Zaniboni ist ein Mensch mit starkem Temperament, gleichzeitig ein Romantiker und Don Quixote und Genuesenisch. Als Major der Alpenjäger hat er sich im Kriege sehr ausgezeichnet und trug eine schwere Verwundung der oberen Arminnengegend mit dauernder Verstümmelung davon; auch erhielt er mehrere Tapferkeitsmedaillen. Mit welchem feine persönliche Sicherheit nichtachtenden Fanatismus er das tat, was er sich in den Kopf gesetzt hatte, das hat man nach der Ermordung Matteottis gesehen, als Zaniboni bei dem Suchen nach der Leiche eine — wahrscheinlich falsche — Fährte bis dicht ans Unmögliche heran verfolgte. Aus unserer Partei wurde er im August 1925 ausgeschloffen, weil er, ohne dazu befugt zu sein, als ihr Vertrauensmann im Ausland auftrat und seine persönlichen Initiativen als im Auftrag des Parteivorstandes erfolgend ausgab. Bei seiner Heißköpfigkeit und seinem Hang zum Schwadronieren wurde er bei uns nicht so ernst genommen, wie dann die, die ihn für ihre Zwecke verwerten wollten, ihn zu nehmen verstanden. Daß ihn irgendwie niedrige Motive geleitet hätten, ist ausgeschlossen: Zaniboni ist ein Haudegen, mit einer tüchtigen Dosis Eitelkeit, mehr Lebemann als Märtyrer, aber völlig unfähig, sich einer Sache hinzugeben an die er nicht glaubte und für die er nicht ehrlieh begeistert wäre.

Den unauflösbaren Gerichten zufolge steht die Regierung die Schwierigkeit des Prozesses nicht in Zaniboni, sondern in Capello. Es heißt, daß die Erziehung des Präsidenten Sanna durch den Vizepräsidenten Freri vorgenommen werden mußte, weil Sanna nicht von der Schuld Capellos überzeugt werden konnte. Wie bekannt, wird das Urteil des Ausnahmegerichts, das aus Offizieren der Armee, nicht auf Grund des Gesetzes über die Todesstrafe vom November 1926 gefällt werden, da dieses Gesetz keine rückwirkende Kraft hat. Immerhin hat man die Angeklagten, deren Tat im November 1925 erfolgte, vor ein Gericht gestellt, das erst mehr als ein Jahr später eingeleitet wurde und das seinen Ausnahmecharakter nicht nur in der Zusammensetzung, sondern auch in der Prozedur darat, wahrlich nicht im Sinne eines erhöhten Rechtsschutzes der Angeklagten.

## Wahltaktik: Verleumdung.

Wessen „Christlichsoziale“ fähig sind.

Die österreichischen Christlichsozialen haben eine Wahlzeitung herzustellen lassen, die alle sozialdemokratischen Führer als Leute hinstellt, die sich aus öffentlichen Mitteln bereichern. Das Organ Dr. Seipels und Kunzschs nennt den Wiener Bürgermeister und die Wiener Stadträte „eine gewissenlose, zugereifte, nur auf die eigene Nahrung bedachte, mit allen Mitteln galizischer Koksäufchertum arbeitende Ausbeuterbande“, die Syphilis eine „marginalische Seuche“; es erzählt, daß an den Schulen pornographische Schriften verbreitet werden und die Jugend mit Geschlechtskrankheiten verheult wird!

Ein christlichsozialer Siroldi magt es, zu schreiben:

Derfelte Breitner, dem sein Finanzreferat so gut angefallen hat, daß er sich bereits eine Prachtvilla in Kriehendorf kaufen konnte...

Es hieße Breitner beleidigen, wenn man ihn gegen eine solche Gemeinheit in Schutz nehmen wollte. Nur beiläufig sei bemerkt, daß Breitner sein Haus in Kriehendorf im März 1915 erworben hat — drei Jahre bevor er Finanzreferent wurde.

Ueber Otto Bauer schreibt der Verleumder:

Im übrigen hat der wackere marxistische Kämpfer rechtzeitig die Hände hoch gemacht und geriet in russische Gefangenschaft.

Die militärischen Gewährsmänner der Christlichsozialen wissen sehr genau, daß Bauer als besonders tapferer Offizier beschrieben war. Nach seiner Gefangennahme teilte ihm sein Battalionschef mit eigenhändigem Schreiben in die Kriegsgefangenschaft mit, daß Bauer wegen besonderer Tapferkeit das Militärverdienstkreuz verliehen wurde.

Breitner und Bauer haben gegen die Lumpen, die rechtlich verantwortlich sind, die Klage erhoben und die ganze Auflage der Christlichsozialen Wahlzeitung beschlagnahmen lassen. Es wurden 10 000 Kilogramm mit Beschlagnahme belegt.

Für Größe solcher Dimensionen, in einer von der Parteileitung herausgegebenen Wahlzeitung begangen, sind die Führer der Partei, sind also Seipel und Kunzsch haftbar verantwortlich.

„Die Not der Arbeitszeit“. In diesem Artikel des Genossen Aufhäuser in der vierten Beilage des „Vormärts“ vom Sonntag sind behauerlicherweise durch Zeilenverwebungen Druckfehler entstanden, die folgendermaßen zu berichtigen sind: An die vorletzte Zeile der ersten Spalte schließt sich der Text des Artikels, der auf der zweiten Spalte unten mit „aller Gewerkschaftsrichtungen“ beginnt bis zu dem Beginn der dritten Spalte, zweite Zeile. Dann geht es fort „auch nicht an die Arbeiter...“ und geht die letzte Zeile der ersten Spalte „und Angehörigen“... bis zum Ende.

## Elektrizitätswirtschaft und Butab.

Düsseldorf, 11. April. (Eigener Drahtbericht.) In Düsseldorf fand am Sonntag eine Konferenz der Fachgruppe Elektrowirtschaft des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Gau Rheinland-Westfalen und Westdeutschland, statt, an der 40 Delegierte aus den kommunalen, privaten und gemischt-wirtschaftlichen Elektrizitätswerten des Westens teilnahmen. Dohle, Aufsichtsratsmitglied der RWE, hielt einen Sachbildvortrag über die Elektrowirtschaft Großdeutschlands. Esler, Mitglied des Reichs-elektrovereins, sprach über das Thema „Welche Entwicklungstendenzen zeigen sich in der Elektrowirtschaft?“. Felix, Gau-beamter des Butab, behandelte das Thema „Die wirtschaftliche und soziale Stellung des Technikers in der Elektrizitätswirtschaft“.

Es wurden Richtlinien ausgearbeitet, die dem Hauptvorstand des Butab zur weiteren Bearbeitung durch die Staatsinstanzen übergeben wurden. Der Grundgedanke dieser Richtlinien ist die Überführung der gesamten Elektrizitätswirtschaft in die öffentliche Hand.

## Geschleuterte Vereinbarung im Berliner Baugewerbe.

Die am 6. April gepflogenen Lohnverhandlungen über das Berliner Baugewerbe hatten bekanntlich zu einer Einigung in der Verhandlungskommission geführt, wonach ab 6. April eine Lohnerhöhung um sieben Pfennige, ab 28. September eine weitere um drei Pfennige eintreten sollte. Die Parteien hatten erklärt, für die Annahme dieses Ergebnisses sich einsehen zu wollen. War schon bei den ersten Verhandlungen am 2. April eine Verständigung um deswegen nicht möglich, weil die Tiefbauarbeiter das lächerlich geringe Angebot von zwei Pfennigen für das ganze Jahr machten, so ging auch diese mit vieler Mühe zustande gekommene Vereinbarung vom 6. April wiederum durch das Verhalten des Tiefbauverbandes in die Brüche. Tiefbauverband und Betonverband haben dieses Abkommen abgelehnt. Die getroffene Vereinbarung ist damit gegenstandslos geworden.

Die im Bauergewerksbund organisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter nahmen am Sonnabend zum Verhandlungsergebnis Stellung. In scharfen Worten wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß es den genannten Verbänden offenbar nur auf eine Verschleppung anläge. Dieses Verhalten wurde auf das schärfste kritisiert. Nicht nur daß dieses Ergebnis kaum den notwendigen Rechnung trägt, wird trotz gegenteiliger Versicherung diese bescheidene Zulage von den Unternehmern abgelehnt. Unter diesen Umständen lehnte auch die Obleiterversammlung nach den Vorschlägen der Fachgruppenleitung das Ergebnis ab. Rannmehr ist das Tarifamt zuständig, das am Mittwoch tagen wird. Es entspricht durchaus dem Interesse des Gewerbes und des Wohnungswartes, daß die Lohnverhandlungen schnellstens erledigt würden. Die Verantwortung dafür, daß es nunmehr zu Verwicklungen auf den Baustellen kommen kann, tragen die Unternehmer.

## Bezirksbeamtentag der SPD.

### Entscheidung zum Polizeibeamtengesetzentwurf.

Am Donnerstag tagte in Berlin der Bezirksbeamtentag der SPD, um Stellung zu nehmen zu dem vorliegenden Polizeibeamtengesetzentwurf und einige Wahlen zu den Parteivorparlamenten zu vollziehen. Der Referent, Landtagsabgeordneter Markwald (Mitglied des Beamtenschaftsausschusses), behandelte in temperamentvoller Weise den Entwurf und zeigte an Hand einzelner Bestimmungen den rückwärts gerichteten Charakter des Gesetzes, das von den beiden führenden Polizeibeamtenverbänden in der vorliegenden Fassung einmütig abgelehnt wurde.

Am Schluß des Referats, das beifällig aufgenommen wurde, fand nachfolgende Entscheidung einstimmige Annahme.

Der am 7. April 1927 in den Rüstertagen, Berlin, tagende Bezirksbeamtentag der SPD, nimmt nach dem Referat des Genossen Markwald Kenntnis von dem herausgegebenen Polizeibeamtengesetzentwurf. Er nimmt weiter Kenntnis von der erheblichen Protestbewegung der preussischen Polizeibeamten gegen dieses Gesetz.

Der Bezirksbeamtentag richtet an die preussischen Fraktionsgenossen im Landtage die Forderung, für unsere republikanische Polizeibeamtenschaft ein Beamtengesetz herauszubringen im Sinne und Geiste der Weimarer Verfassung, in dem die Grundrechte der Polizeibeamten so verankert sind, daß auch bei einer vorübergehenden Besetzung des Innenministeriums mit einem Minister aus den reaktionären Parteien die republikanisch zuverlässige Polizeibeamtenschaft in ihrer Beamtenschaft in der deutschen Republik nicht gefährdet werden kann.

Die Fraktion wird aufgefordert, die vom Genossen Markwald und dem Verband der Preussischen Polizeibeamten sowie dem Allgemeinen Polizeibeamtenverbandes vorgeschlagenen Änderungen sich zu eigen zu machen.

Eine Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes ohne diese Änderungen würde sich als eine Katastrophe für die Partei, aber auch für die deutsche Republik auswirken.

Die Wahlen zum Reichsbeamtenrat hatten folgendes Ergebnis: Genosse Haneck (Komm.-Beamte), Hildebrand (Polizeibeamte), Jachert (Postbeamte), Prawitz (Eisenbahnbeamte), Dr. Wiesprecht (Verwaltungsbeamte), Biermann (Zollbeamte), Ruben (Justizbeamte), Vinke (Steuerbeamte), Frau Regierungsrätin Trapp (weibliche Beamte). Für die Feuerwehr wurde beschloffen, beim Parteiausschluß vorstellig zu werden, um auch den Feuerwehrbeamten eine Vertretung im Reichsbeamtenrat zu sichern. In Vorschlag gebracht wurde der Genosse Reumann.

Der energischen Leitung des Genossen Biedte war es zu danken, daß die umfangreiche Tagesordnung trotz zeitweiser stürmischer Geschäftsordnungsdebatten glatt erledigt werden konnte.

## Konflikt im Berliner Töpfergewerbe.

Durch eine unverständliche Verschleppungspolitik der Unternehmer des Berliner Töpfergewerbes ist es zu einer äußerst gespannten Situation gekommen. Seit mehr als drei Monaten wird zwischen den Vertragsparteien über den Neuabschluss des am 31. Dezember abgelaufenen Akkord- und Manteltarifes verhandelt. Nachdem in der Frage des Manteltarifes und über die wichtigsten Positionen des Akkordtarifes eine gewisse Annäherung erzielt worden war, überreichte die Fachgruppenleitung der Töpfer am 24. März die Forderung, die Stundenlöhne von 1,50 M. auf 1,70 M. und den Akkordzuschlag von 35 auf 60 Proz. zu erhöhen. Diese Forderung war ungefähr die gleiche, wie sie in den übrigen Berufsgruppen des Baugewerbes aufgestellt worden war und würde bei restloser Bewilligung eine Erhöhung der Stundenlöhne um 12% Proz. und der Akkordpreise um 16 Proz. bedeuten.

Die Unternehmer haben es verstanden, die Verhandlungen über diese Forderung bis heute zu verschleppen, wodurch die Erregung bei den Arbeitern auf das äußerste gestiegen ist. Als von der Fachgruppenleitung am Donnerstag eine klare Antwort von den Unternehmern verlangt worden war, erklärten sich diese bereit, die Löhne um 5 Pf. pro Stunde und den Akkordzuschlag um 5 Proz. zu erhöhen, wenn der alte Tarifvertrag unverändert verlängert würde. Wenn die Töpfer auf die von ihnen verlangte Änderung des Tarifes bestehen bleiben, würden sie auch zum Abschluß eines neuen Tarifes bereit sein, dann aber nur die Stundenlöhne um 5 Pf., aber nicht den Akkordzuschlag erhöhen wollen.

Die zu Sonnabend vormittag nach dem Gewerkschaftshaus einberufene und überfüllte Versammlung der im Bauergewerksbund organisierten Töpfer nahm mit großer Entrüstung den vom Fachgruppenleiter John gegebenen Bericht über das Verhalten und das Angebot der Unternehmer entgegen. Die Versammlung beauftragte nach einer eingehenden Aussprache die Fachgruppenleitung, von den Unternehmern umgehend Verhandlungen zu verlangen und beim Hauptvorstand die Streifgenehmigung zu beantragen.

Am Dienstag abend sollen in einer neuen Vollversammlung die weiteren Kampfentscheidungen gefaßt werden. Nach der Stimmung der Versammlung ist mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen, wenn die Unternehmer den Arbeitern nicht in letzter Stunde durch weitgehende Zugeständnisse entgegenkommen.

Einmütig angenommen wurden zwei Entschlüsse, von denen einer vom ADGB eine stärkere Propaganda für das Wochenende fordert. Die zweite Entschlüsse protestiert gegen die Bevorzugung der Zentralheizungsanlagen bei Neubauten, wie es jetzt z. B. wieder bei dem amerikanischen Bauprojekt auf dem Schöneberger Gelände geschieht. In der Entschlüsse werden die Vorzüge der Ofenheizung sachtechnisch beleuchtet und verlangt, daß man bei der Anlage von Heizungen in Neubauten die bewährten und den Erfordernissen der modernen Heiztechnik angepaßten Kachelöfen nicht vollständig ausschaltet.

## Erfolg des ZDA bei Ulstein.

### Niedergang des GdA.

Die diesjährige Angestelltenratswahl bei Ulstein zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, daß auch die Angestellten mehr und mehr einsehen, daß ihre Interessen lediglich durch freigewerkschaftliche Organisationen geschützt und wahrgenommen werden können.

Obgleich sich in diesem Jahre an der Wahl zur geschlossenen Betriebsvertretung der Angestellten etwas weniger Angestellte beteiligten als im vergangenen Jahre, bekam die ZDA-Liste erheblich mehr Stimmen als bei der vorjährigen Wahl, während die GdA-Liste einen katastrophalen Stimmenrückgang erfuhr. Infolgedessen entfielen auf die ZDA-Liste neun Vertreter, auf die GdA-Liste nur drei, in welchem Zahlenverhältnis die gewerkschaftliche Bedeutungslosigkeit des GdA. voll und ganz zum Ausdruck gebracht wird. Berücksichtigt man, daß sich das Verhältnis der ZDA-Vertreter im Angestelltenrat zu den GdA-Vertretern verhielt im Jahre 1925 wie 7:5, im Jahre 1926 wie 8:4 und im Jahre 1927 wie 9:3, so kann man mit diesem freigewerkschaftlichen Erfolg unter den Angestellten zufrieden sein.

## Auf der Marinewerft Wilhelmshafen.

### Betriebsratswahlerfolg.

Bei der in voriger Woche stattgefundenen Betriebsratswahl auf der Marinewerft Wilhelmshafen waren wahlberechtigt 7815 Arbeiter, gewählt haben 6843. Davon haben erhalten die freien Gewerkschaften 6140 Stimmen oder 22 Sitze; die Liste 2 (h.-D. Gewerksch.) erhielt 156 Stimmen und keinen Sitz; die Liste 3 (christl. Gewerksch.) erhielt 140 Stimmen und auch keinen Sitz; die Liste der Gelben erhielt 275 Stimmen oder 1 Sitz im Arbeiterrat. Von den Angestellten waren wahlberechtigt 721. Davon haben gewählt 635. Es erhielten: AFA-Bund: 427 Stimmen oder 6 Sitze; die Liste 2 (gemischt) 192 Stimmen oder 3 Sitze. Aus dieser Wahl geht wiederum hervor, daß die freie Gewerkschaftsbewegung auch auf der Marinewerft vorangeht, und zwar ist bei der Wahl der Arbeitervertretung ein Sitz für die freien Gewerkschaften gewonnen worden, während infolge der stärkeren Wahlbeteiligung bei den freien Angestellten sogar drei Sitze mehr gewonnen wurde.

## Generalaussetzung in der Zigarettenindustrie.

Der Tabakarbeiterverband unterbreitete dem Reichsverband Deutscher Zigarettenhersteller als Tarifkontrahent eine Forderung auf Erhöhung der Löhne um 20 Proz. Durch Schieds-spruch der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums wurde entschieden, daß eine zehnprozentige Lohnerhöhung in Kraft zu treten habe. Der Reichsverband Deutscher Zigarettenhersteller beschloß jedoch einstimmig, den Schiedsspruch abzulehnen, da eine derartige Erhöhung nicht abwählbar und daher nicht tragbar sei, ohne den Konsum zu gefährden und zu großer Arbeitslosigkeit zu führen. Der Reichsverband beschloß weiter, die Generalaussetzung, d. h. die Kündigung der Arbeitnehmer am 2. April um 16. April. Betroffen werden etwa 125 000 Arbeitnehmer. Soviel uns bekannt ist, die Kündigung der Arbeitnehmer in der privaten Zigarettenindustrie inzwischen zum größten Teil erfolgt, so daß ab 16. April mit der vollständigen Stilllegung der

Zigarettenfabrikation zu rechnen ist, falls die vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Verhandlungen zu keiner Einigung führen.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, besitzt drei Zigarettenfabriken, in Hamburg, Franckenberg und Hohenheim, in denen zusammen etwa 1000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. beteiligt sich an dieser Aussetzung selbstverständlich nicht, sondern hat mit den zuständigen Organen ihrer Arbeiterschaft eine Vereinbarung getroffen, daß die von der Schlichtungskammer festgesetzte Lohnerhöhung von 10 Proz. vom 1. April an bezahlt wird, so daß die drei Fabriken der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ohne Unterbrechung weiter arbeiten.

## Das Ausnahmegericht gegen die Gewerkschaften.

London, 10. April. (WTB.) In einem Leitartikel des „Observer“ verurteilt Garvin auf das schärfste die von der Regierung eingebrachte Vorlage über das Gewerkschaftswesen und sagt: Durch diesen Schritt habe die Regierung es fertig gebracht, die Liberalen und die Arbeiterpartei in der Opposition gegen sich zu vereinigen. Das wichtigste Interesse des Landes sei gegenwärtig industrieller Friede und Wiederbelebung des Handels; jener werde durch die Vorlage zerstört, dieser gefährdet. Garvin tritt dann für die Zurückziehung der Vorlage und die Verweisung der Frage an eine amtliche Untersuchungskommission ein.

## Die Bergarbeiterbewegung in Nordamerika.

New York, 10. April. (WTB.) In dem 45 000 Bergleute beschäftigenden Pittsburgh-Distrikt willigen 62 kleinere Kohlengruben mit 2500 Bergleuten ein, das bisherige Lohnabkommen aufrechtzuerhalten. Die Lage in den anderen Distrikten ist unverändert; lediglich in Indiana sind Verhandlungen eingeleitet worden.

## Streikgefahr in der französischen Textilindustrie.

Paris, 11. April. (Ull.) In der französischen Textilindustrie bricht ein Streik. Der Arbeitgeberverband für das Textilgewerbe in Roanna hat beschloffen, ab 18. April eine Lohnkürzung um 15 Prozent vorzunehmen. Die Arbeiterschaft hat sich darauf in Protestversammlungen für den Streik ausgesprochen. Von der Bewegung werden etwa 20 000 Arbeiter betroffen.

## Lohnvereinbarung in den Donauhäfen.

Zwischen dem Deutschen Verkehrsband und den beteiligten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaften sowie dem Stadtlagerhaus Regensburg wurden für die Hafenarbeiter in Passau und Regensburg auf dem Wege einer freien Vereinbarung eine Erhöhung der Löhne für unfrühdige Arbeiter um 6 Pf. pro Stunde, das ist von 78 auf 84 Pf. und für ständige Arbeiter eine Erhöhung des Wochenlohnes von 37,40 Mark auf 40,30 Mark abgeschlossen.

Die Regelung der Akkordlöhne bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten. Eine längere Bindung dieser Lohnsätze ist nicht vorgesehen und kann nach den Bestimmungen des Manteltarifes die Kündigung derselben jederzeit erfolgen.

## Ein belgisch-luxemburgischer Arbeitsvertrag.

Belgien und Luxemburg haben einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, dem folgende Prinzipien zugrunde liegen: Freier Eintritt und Austritt der Staatsbürger der beiden Länder, gleiche Löhne der Angehörigen der beiden Länder sowie gleiche Behandlung in bezug auf die Arbeitsbedingungen, den gesetzlichen Schutz und die Arbeitslosenunterstützung. Falls bei Ausnahmefällen (Wirtschaftskrisen usw.) eine Regelung der Einwanderungslandes der Regierung wird, hat die Regierung des Einwanderungslandes der Regierung des Auswanderungslandes zunächst auf diplomatischem Wege genaue Angaben über die Lage des Arbeitsmarktes zu machen, unter Angabe der Berufe, in denen kein Zugang erwünscht ist. Die Regierung des Auswanderungslandes muß diese Sachlage in ihrem Lande bekanntgeben. Wandern trotzdem Arbeiter nach dem anderen Lande aus, so kann die Regierung des Einwanderungslandes Einschränkungsmaßnahmen treffen, die sie jedoch im voraus der Regierung des Auswanderungslandes mitzuteilen hat. Die Arbeiter der beiden Länder haben Recht auf Vertretung in den Schlichtungs- und Schiedsgerichtskomitees.

Das Brüsseler „Peuple“, das der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der Vertrag die bereits engen Bande der Solidarität zwischen den beiden wirtschaftlichen Bundesgenossen noch fester knüpfen werde, fügt zum Schluß die Bemerkung bei: „Weshalb werden solche Arbeitsverträge nicht verallgemeinert und von allen Ländern abgeschlossen? Ist die Arbeit nicht das gemeinsame Vaterland aller, die arbeiten müssen, um leben zu können?“

## Sport.

### Rennen zu Karlsruh am Sonntag, dem 10. April.

1. Rennen. 1. Kofemader (Läder), 2. Englan, 3. Ballenfnabe. Toto: 236, Platz: 38, 14. Ferner liefen: Bobargos, Raffie, Primadonna II.

2. Rennen. 1. Fiedler (v. Bode), 2. Barnah, 3. Koll. Toto: 53, Platz: 15, 13. Ferner liefen: Hilarius, Kaufbold, Goldberg (angeb.).

3. Rennen. 1. Daubenton (v. d. Bottenberg), 2. Roral, 3. Borussia. Toto: 196, Platz: 36, 15, 13. Ferner liefen: Diamant, Dada, Veltes, Rahef, Atlantic.

4. Rennen. 1. Nil (Nort), 2. Lobredner, 3. Mariza. Toto: 28, Platz: 15, 44, 26. Ferner liefen: Lucregia, Rubel, Coeur d'Almece, Rüdich, Grand Rouffeur, Antilope, Raiepartus.

5. Rennen. 1. Frits Bromm (Dauler), Enggah, Pommer. Toto: 49, Platz: 27, 16. Ferner liefen: Ainal, Karneval.

6. Rennen. 1. Axtal (Bart), 2. Wigerl, 3. Namberg. Toto: 76, Platz: 20, 25, 15. Ferner liefen: Spiritus, Hippo, Gladsstunde, Ramen (gef.), Hollenönig, Winda, Harry Wainstone (gef.), Wlter.

7. Rennen. 1. Sandballe (B. Schmitzer), 2. Kompresario, 3. Garzeile. Toto: 68, Platz: 17, 12, 19. Ferner liefen: Dabi, Loeb Sal, Serjeda, Ranzuela, Venus IV, Christlind, Burgunder, Ozeanmeister, Buschm.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelblat; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eylars; Kunst: A. S. Eiders; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glaser; Familien in Berlin: Verlag: Norddeutscher G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 68, Eidenstraße 3. Druck 1. Auflage.

# LOESER & WOLFF

Glanzstücke auf dem Gebiete der Zigarettenindustrie sind unsere Spezialitäten:  
Nr.10 Unsorliert 10/ Grillenfänger 15/ Schloß Rottersheim 30/ 11. Sortierung mittel 12/ Donna Lucia 20/ Hauptfabrik 40/ Akkuratere Arbeit, edelstes Rohmaterial, guter Geschmack - die Merkmale unserer Fabrikate!  
Geschenkpäckungen in großer Auswahl!

## DIE WELTMARKE!

# Unser Bezirksparteitag.

Unter außerordentlich starker Beteiligung von Delegierten und Gästen fand gestern im Sitzungssaal des Preussischen Staatsrates in der Leipziger Straße der Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei statt. Zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete sowie mehrere Vertreter des Parteivorstandes wohnten den Verhandlungen bei. Nach einer Begrüßung durch den Gefangenverein „Fichte-Georgina“ eröffnete der Vorsitzende, Genosse Künstler, den Bezirksparteitag; er gedachte zunächst der Toten der letzten Zeit und wünschte den Verhandlungen vollen Erfolg. Der Bezirksparteitag hat dann in ununterbrochener Arbeit die umfangreiche Tagesordnung und die große Zahl der von den Kreisen eingebrachten Anträge erledigt.

In seinen Erläuterungen zum

## Geschäftsbericht

betonte Genosse Theodor Fischer, daß die Berliner Partei die schwere und langanhaltende Wirtschaftskrise nicht nur gut überstanden hat, sondern verstärkt aus ihr hervorgegangen ist. Es ist festzustellen, daß die Partei trotz aller Anbiederungsversuche der Kommunisten bei allen politischen Aktionen ihre Selbstständigkeit gewahrt hat. Als politisch ernstzunehmende Partei können wir die Rabaupolitik der Kommunisten nicht mitmachen. Wir werden die diesjährige Waisener selbständig durchführen und wir werden auch, entgegen der Absicht der Kommunisten, dem bevorstehenden „Stahlhelm“-Tag in Berlin referieren mit Gewehr bei Fuß gegenüberstehen. Die Stellung unserer Landtagsfraktion zur Fürstenaufhebung habe zwar die Arbeit während der letzten darauffolgenden Werbeweche für die Partei etwas behindert, doch haben die Genossen in den Kreisen später das Verbot in durchaus betrieblicher Weise nachgeholt. Genosse Fischer streifte kurz die Kommunalpolitik der Partei, erwähnte die Arbeit der Genossen in den Betrieben, im Bildungsausschuß, in der Arbeiterwohlfahrt und in allen sonstigen Unterorganisationen des Bezirksverbandes, und kam dann auf das Verhältnis der Partei zu den Beamten zu sprechen. Fischer meinte, daß der Streit um die Organisationsform an den Kampf zwischen Zentralisten und Lokalisten Anfang der neunziger Jahre erinnere und daß die Zeit auch hier die nötige Klärung bringen wird. Der „Vorwärts“ habe die Agitationsarbeit des Bezirksverbandes sehr gut unterstützt. Die Situation in der Mitgliedschaft könne durch bessere persönliche Führung mit den neuen Mitgliedern eingedämmt werden. Fischer empfahl, zur Unterstützung der Funktionäre ein Mitteilungs- und Informationsblatt herauszugeben, durch das die neuen mit dem inneren Organisationsbetrieb der Partei noch nicht vertrauten Genossen unterrichtet werden können.

Der Berichtsteller schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Feststellung, daß die gelegentlich auftretenden Meinungsverschiedenheiten im Tageskampf von allen Seiten in kameradschaftlicher Weise zum Austrag gebracht wurden und daß stets das Bestreben vorhanden war, alles im Interesse der Partei Notwendige zu tun.

## Der Kassenericht

des Genossen Pagels ließ den guten Stand der Finanzen erkennen. Im Auftrage der Revisoren erklärte Genosse Sella, daß die Kassensituation stets mangellos gewesen sei; er beantragte die Entlastung des Kassierers.

In der

## Diskussion

wurden gleichzeitig die gedruckt vorliegenden Anträge 1-26, die zum Geschäftsbericht, zur Ausgestaltung des „Vorwärts“, zur Schaffung eines Berliner Parteiorgans, zur Einführung einer Monatszeitschrift für alle Mitglieder, zur Wahlpropaganda und zur Vorstandswahl Stellung nehmen, mitberaten.

Als erster Diskussionsredner sprach sich Genosse Künstler für die Einrichtung von Wahlbezirken für die Wahl der Parteitage delegierten aus. Eine Ausgestaltung des „Vorwärts“ sei dringend nötig; er bat, alle dahingehenden Anträge dem Bezirksvorstand zur gemeinsamen Beratung mit der Redaktion, der Verlagsleitung und der Pressekommission zu überweisen. Lebhaft befürwortet wurde von Künstler die Schaffung eines Berliner Lokalpartei-Blattes, in dem das Eigenleben der Berliner Organisation zum Ausdruck gebracht werden könne, wozu der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei nicht bedingungslos in der Lage sei. Die Berliner Parteioorganisation, die alle Angriffe des Gegners in vermehrter Maße auszuhalten habe, brauche ein solches Lokalorgan, um sich wehren zu können. Künstler betonte ausdrücklich, daß sich seine Stellungnahme durchaus nicht gegen den „Vorwärts“ richte. Aber was den Genossen in den Unterorganisationen im Reich recht ist, muß den Berlinern billig sein. Mit einem leicht verständlich geschriebenen Lokalparteiblatt muß die Partei an die Leser der bürgerlichen Zeitungen herantreten können, um sie für unsere Gedankengänge zu gewinnen. Kein Bezirksvorstand, dem es ernst mit der Verantwortung um die Partei ist, könne auf die Dauer auf ein solches Organ verzichten. Genosse Künstler trat schließlich für eine weitgehende Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats ein.

Genosse Günther-Neukölln verlangte, daß sich die Partei von der durch Stresemann vertretenen Außenpolitik frei mache. Stresemanns Politik sei nicht unsere Politik. Ueberhaupt müsse die Sozialdemokratie aus den Staatsmännischen Ertragungen herauskommen. Genossin Fischer-Charlottenburg trat für eine gemeinsame Jugendbewegung ein, die von einer neu zu bildenden Arbeitsgemeinschaft zwischen der „Freien Schulgemeinde“ und dem „Verband der Freidenker für Feuerbeheizung“ zu veranstalten wäre.

Im Auftrage des Parteivorstandes gab Genosse Bartels zu der Frage der Schaffung eines Berliner Lokalpartei-Blattes zu bedenken, daß eine gewisse lokale Unzufriedenheit mit dem „Vorwärts“ eigentlich schon im mer vorhanden gewesen wäre, daß man aber früher nicht daran gedacht habe, für Berlin ein eigenes Organ zu schaffen. Die bürgerlichen Blätter haben andere Existenzbedingungen als die sozialistischen. Und deshalb müsse der Bezirksparteitag bei der Gründung eines eigenen Blattes sehr vorsichtig zu Werke gehen. Der Redner bat den diesbezüglichen Antrag so aufzulösen, daß mit seiner Annahme die Parteifunktionäre veranlaßt werden sollen, sich eingehend mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit durch die Herausgabe eines Berliner Lokalpartei-Blattes die Interessen des Bezirksverbandes Berlin gefördert werden können.

Genossin Lodenhagen berichtete zunächst die Wendung in dem Auszug des „Vorwärts“ aus dem Geschäftsbericht des Bezirksverbandes, die Arbeiterwohlfahrt sei aus der Zentralarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtsvereine ausgeschieden, dahin, daß sich die Arbeiterwohlfahrt nur aus der „Berliner Wohlfahrtsvereinigung“ zurückgezogen habe. Die Rednerin sprach zu Organisationsfragen der Frauenbewegung, empfahl die weitgehende Unterstützung der Konsumgenossenschaft durch die Parteimitglieder, unterstützte lebhaft einen Antrag, der verlangt, daß jede Kreisleiterin auch ein Mandat zum Bezirksparteitag erhalte, und sprach sich für eine Ausgestaltung der „Frauenwelt“ aus.

## Zur Beamtenfrage

sprach dann noch in längeren Ausführungen Genosse Dr. Schöninger-Schöneberg. Die Beamten hätten nicht genügend die politische Macht gespürt, die nötig gewesen wäre, die neue Politik sich bis auf die

Beamten auswirken zu lassen. Die Partei muß eine aktive Beamtenpolitik treiben, die aber nicht mit der Volkspartei und dem Deutschen Beamtensyndikat möglich ist. Unsere Arbeit müsse vielmehr dem Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikat gelten. Die Schaffung von Lokal-Partei-Blättern wird in der ganzen Partei diskutiert; so wichtig es ist, daß wir ein Zentralblatt haben, so nötig ist es auch, Lokal-Partei-Blätter zu unterhalten, mit deren Hilfe es möglich ist, an die Massen heranzukommen.

Genosse Kogur wandte sich gegen den Bericht der Beamtensyndikatszentrale, der geeignet sei, die Meinung aufkommen zu lassen, daß in der Beamtensyndikatsbewegung nur persönlicher Streit herrsche. In seinen weiteren Ausführungen behauptete der Redner, der DDB benutze die Unterstützung der Partei nur dazu, um die unteren Beamten in seiner Organisation festzuhalten.

Als Vertreter des Parteivorstandes wandte sich Genosse Crispian energisch gegen die Ausführungen des Genossen Günther über die Politik der Partei. Stresemann hat zuerst die von uns stets betriebene Außenpolitik am schärfsten bekämpft; wir haben den Erfolg zu verzeichnen, daß er jetzt unter dem Druck der Verhältnisse

## unsere Politik durchführen

muß, die im ständigen Einvernehmen mit den Instanzen und Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale betrieben wird. Crispian erörterte dann die technischen und finanziellen Grundlagen für ein Berliner Lokalblatt und betonte dabei, daß der Bezirksparteitag allein darüber nicht endgültig entscheiden kann. Voraussetzung für ein eigenes Organ des Bezirksverbandes sei eine leistungsfähige Druckerei, die genügend Ueberflüsse abwirft, um das Blatt finanziell stützen zu können. Der Parteitag in Halle 1891 hat das damalige „Berliner Volksblatt“ unter dem Namen „Vorwärts“ zum Zentralorgan der Partei gemacht. Das ist im Parteistatut durch die Jahrzehnte beibehalten worden, und die Berliner Genossen haben sich bisher damit einverstanden erklärt, weil sie ihre besonderen Verhältnisse den Interessen der Gesamtpartei unterordneten. Die Berliner müssen sich mit dem Parteivorstand über eine erträgliche Regelung der Zeitungsfrage verständigen.

Ein Antrag auf

## Schluß der allgemeinen Diskussion

wurde gegen 1/2 Uhr mit großer Mehrheit angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kassierers wurde diesem einstimmig Entlastung erteilt. Der Bezirksparteitag trat dann in die Erledigung der zahlreich eingegangenen Anträge ein, soweit sie in der Diskussion zum Geschäftsbericht noch nicht erledigt waren. Ein großer Teil der Anträge wurde dem Partei- und dem Bezirksvorstand zur Berücksichtigung oder zur weiteren Behandlung überwiesen. Der Bezirksparteitag war in seiner übergroßen Mehrheit damit einverstanden, daß der Bezirksvorstand Verhandlungen über die weitere Ausgestaltung des „Vorwärts“ mit den zuständigen Körperschaften aufnimmt.

Der Antrag des Bezirks Kreuzberg, der den Bezirksvorstand beauftragt, geeignete Schritte zur Schaffung eines eigenen Lokalorgans zu tun, wurde gegen eine Minderheit angenommen. Daburch erledigte sich ein ähnlicher Antrag des Kreises Neukölln. Wegen der verbilligten Lieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Parteigenossen wird der Bezirksvorstand mit dem Verlog beraten. Die Einführung einer Monatszeitschrift für alle Mitglieder wurde gegen wenige Stimmen beschlossen.

Die Anträge, die die Wahlpropaganda zum Gegenstand haben, wurden zum Teil angenommen, zum Teil abgelehnt, zum anderen Teil den Kreisen zur Durchführung überwiesen. Annahme fand ein Antrag aus dem Kreis Friedrichshain, der für die Parteigenossen die Mitgliedschaft in der Konsumgenossenschaft verlangt und ihnen zur Pflicht machen will, mindestens den Durchschnittsumsatz der Konsumgenossenschaftsmitglieder zu erreichen.

Einige Anträge, die sich mit der Zugehörigkeit der Parteimitglieder zu gemerkantilen Organisationen befassen, wurde durch die Annahme eines Antrages des Kreises Neukölln erledigt, der verlangt, daß für jeden sozialistischen Beamten die Ehrenpflicht bestehe, sich einer freigewerkschaftlichen Beamtengewerkschaft anzuschließen. Die alte Forderung, daß jeder Funktionär freigewerkschaftlich organisiert sein müsse, soll wieder Geltung bekommen. Dieser Beschluß wurde dem nächsten Parteitage als Antrag unterbreitet.

Die Veröffentlichung der Namen der bei namentlichen Abstimmungen in den Parlamenten fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten wurde auf Antrag des Kreises Friedrichshain ebenfalls beschlossen. Ebenso wurde beschlossen, in dem gedruckten Parteitageprotokoll neben der Bekanntgabe der Resultate von namentlichen Abstimmungen die Listen der für oder gegen den betreffenden Antrag

stimmenden Delegierten zu veröffentlichen. Der Bezirksparteitag verlangte ferner auf Antrag des Kreises Neukölln ein Einschreiten des Parteivorstandes gegen die Genossen, die sich durch literarische Mitarbeit am Organ der alten sozialdemokratischen Partei Sachsen beteiligen.

## Dem Parteitag in Kiel überwiesen

wurde ein Antrag Neukölln, der zur politischen Lage und zur Zentrumspolitik im Reich und in Preußen Stellung nimmt. In dem Antrag wird die Regelung von schul- und kulturpolitischen Fragen durch Reichs- und Landeskonferenzen abgelehnt.

Unter den an den Reichsparteitag gestellten Anträgen befindet sich ferner einer, der vom Parteivorstand vor wichtigen Entscheidungen die Herbeiführung einer Stellungnahme der Gesamtorganisation verlangt, und ein anderer, der eine Abführung eines Teiles der Abgeordnetenlisten an die Parteikasse zum Gegenstand hat.

Dem Wohnungsbau- und Mietzinswesen galt ein Antrag des Kreises Kreuzberg. Es wird darin die Verminderung der im Hausbesitz liegenden Inflationsgewinne zugunsten eines gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbauwesens, ein öffentliches Mietrecht mit Kündigungschutz, eine Regulierung der Mietzinsbildung durch Gesetz gefordert. Die Ausbildung und die dauernde Erhaltung von Mietgeräten und die Ausbildung der Arbeiterschaft für das Vorkriegsniveau auf diesem Gebiete wird zur Forderung erhoben. Der Bezirksparteitag beschloß, diesen Antrag dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

In einer Anzahl Anträgen wandte sich der Bezirksparteitag an den Reichstag und an die Stadtverordneten. Die Fraktionen wurden ersucht, darauf hinzuwirken, daß den Parlamenten schnellstens ein Besetzungsurteil unterbreitet wird, der entsprechend dem Heideberger Parteiprogramm eine Trennung von Staat und Kirche und eine Trennung von Schule und Kirche vorseht. Abgelehnt wurde ein Antrag Neukölln, nach dem der Bezirksparteitag den Reichstagsabgeordneten, die sich bei der Abstimmung zum Sturz der Regierung Ratz der Stimme enthalten haben, das Wörtchen ausdrückt. Ein Protestantrag des Kreises Schöneberg, der sich gegen die Tendenzurteile deutscher Gerichte gegen die Sozialisten und Republikaner wandte, wurde der Reichstagsfraktion überwiesen.

Alle Anträge, die eine Abänderung des Bezirksstatutes bezweckten, wurden mit dem Hinweis darauf zurückgestellt, daß eine Änderung des Statutes doch bevorstehe.

In vorgerückter Stunde nahm der Bezirksparteitag dann die

## Wahlen

zum Bezirksvorstand, zu den angegliederten Körperschaften und zum Reichsparteitag vor. Zum ersten Vorsitzenden wurde wiederum Genosse Künstler, zum zweiten Litzke und zum dritten Vorsitzenden Genosse Sabbath neu gewählt. Erster Schriftführer wurde Genosse Umlauf, zweiter Fritz Schröder. Zu Beisitzern wählte der Bezirksparteitag die Genossen Dr. Lohmann und Waldheim und die Genossin Wurm. Nach den Vorschlägen der Kreise wurden folgende Genossen in die Pressekommission gewählt: Adolf Hoffmann, Reier, Jante, Mietzke, Wächter, Rechenberg, Kühn, Bergemann, Dr. Korach, Draemert, Paulus, Schuldig, Wille Waldheim, Birnbaum, Gerzke, Witzke, Schwarz, Hiege, Garling.

Revisoren wurden wieder die Genossen Sella, Jäniche, Limm, Boffi, Kunge, Linde. Zu Parteivertretern im Bezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend wählte der Bezirksparteitag die Genossen Albrecht, Beiersdorf, Arnold, Diederich, Rendelshohn, Schwarz. Der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt hat folgende Mitglieder: Minna Lodenhagen und Franz Künstler Vorsitzende, Schriftführer Walter Friedländer, Kassierer Pagels, Beisitzer sind die Genossinnen Doelz, Dr. Frankenthal, Schmitz, Wachenheim und Genosse Jachom. Revisoren im Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt wurden die Genossinnen Gertrud Scholz, Therese Jährmann und Genosse Otto Stein. Der Bezirksbildungsausschuß setzt sich aus den Genossen Beimann, Schmolinsky, Leo Kestenberg, Seidel, Dr. Löwenstein, Günther, Horlich, Jakob und der Genossin Stad zu sammen.

Als Vertreterinnen der Frauen im Bezirksvorstand wählte der Bezirksparteitag die Genossinnen Bohm-Schuch, Wachenheim und Scheibenhuber.

Als Delegierte zum Parteitag in Kiel hatten die zwanzig Kreise, der Bezirksvorstand und die Frauen eine Vorschlagsliste von 31 Genossen und Genossinnen aufgestellt, von denen 18 zu wählen waren. Die Auszählung der Stimmzettel ergab die Wahl der Genossen Adolf Hoffmann, Hennig, Reier, Waderholz, Buchmann, Schweikardt, Litzke, Hammer, Oepel, Wendt, Klose, Harnisch, Bedar, Thurm; vom Bezirksvorstand Künstler und Pagels, für die Frauen Mathilde Wurm. Als Delegierten für den Parteitag gehen nach Kiel die Genossinnen Ella Rag und Anna Bormann.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei schloß der Bezirksparteitag, Genosse Künstler, den Bezirksparteitag gegen 5 Uhr nachmittags.

# Beklebte Brillanten.

## Ein internationaler Juwelienschwindler entlarvt.

Ein internationaler Juwelienschwindler, der die Polizeibehörden des In- und Auslandes schon mehrfach beschäftigt hat, konnte jetzt endlich von der Berliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht werden. Es ist ein 40 Jahre alter „Händler“ Samuel Briener, ein gebürtiger Oesterreicher.

Zu Anfang dieses Jahres tauchten in Berliner Pfandleihen die sogenannten „gellebten“ Brillanten auf. Der Fachmann versteht darunter gefälschte Steine, deren obere Hälfte aus einem echten Brillanten, die untere aber aus einem täuschend nachgeahmten Stück Glas besteht. Beide Teile werden mit Fischleim so geschickt aneinandergelastet, daß fast nichts zu sehen ist. Durch diesen Trick wird der Käufer oder der Pfandleiher über die Größe und damit über den Wert des Brillanten getäuscht. Als Verfälscher dieser betrügerisch aufgemachten Steine wurde ein Händler Leon Bin in einer Pension in der Gümpelstraße ermittelt und festgenommen. Er bestritt die Herstellung der gefälschten Brillanten und behauptete, selbst damit betrogen worden zu sein. Da man ihm nicht glaubte, so beschäftigte sich der Erkennungsdienst eingehend mit ihm, und die Folge war, daß er seine Maske der Harmlosigkeit fallen lassen mußte. Es wurde festgestellt, daß sein wirklicher Name Samuel Briener war. Dieser Mann fuhr als zwölfjähriger Knabe allein nach Amerika, wo er sein Glück versuchen wollte. Er ließ sich aber verschiedene Betrügereien zuschulden kommen, mußte immer wieder ins Gefängnis wandern und sah so nach und nach 6 Jahre in Sing-Sing ab. Im Jahre 1922 wurde er in einen betrügerischen Pelzhandel verwickelt und festgenommen, aber gegen eine Bürgschaft von 3500 Dollar auf freien Fuß gesetzt. Er zog es vor, die Kautions im Stich zu lassen und aus Amerika zu verschwinden. Ueber Kanada fuhr er nach London und Paris. Die Vermutung, daß er im Zusammenhang stand mit dem großen Perlendiebstahl, der im Juni 1925 in Paris verübt wurde, bestätigte sich durch sein Geständnis. Dieser Diebstahl erreichte durch die Höhe der Beute — es wurden nicht weniger als 1323 Perlen gestohlen — überall das größte Aufsehen. Durch das Geständnis Brieners erfuhr man jetzt, daß ein Konfession von Gaunern in raffinierter

Weise zu Werke gegangen war. Briener selbst sollte von seiner „Arbeit“ nichts haben. Er flüchtete zunächst nach Wien, wohin ihm ein Helfershelfer seinen Anteil nachbringen sollte. Er bekam aber nur eine ganz geringfügige Summe. Von seinen Freunden im Stich gelassen und überall von den Polizeibehörden mißtrauisch beobachtet, begann für Briener jetzt ein ruheloses Wanderleben, das sich über alle Balkanstaaten erstreckte. Zu Weihnachten 1926 machte Briener einen letzten Versuch, zu seinem Gehe zu kommen. Als Agent eines Holzhändlers reiste er nach Paris. Er mußte die Stadt aber fluchtartig wieder verlassen, weil sein früherer Freund Kalif zweifelhaftes Clemente gebungen hatte, die Briener aus dem Wege räumen sollten. Er erfuhr nur soviel, daß seine Helfershelfer an der Perlendeute auch wenig Freude erlebt hatten, denn sie wurden wieder von anderen Freunden betrogen. Wie der verhasste Briener zu den „gellebten“ Brillanten gekommen ist und wer ihm bei dem Schwindel geholfen hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Untersuchung ist noch im Gange.

## Wohnungsbrand in Spandau.

Mit der Bekämpfung eines außerordentlich gefährlichen Wohnungsbrandes waren die Spandauer Feuerwehren in der Sonntagnacht ziemlich vier Stunden lang in der Ackerstraße 35 zu Spandau beschäftigt. Während es den aus dem Schloß geschredten Mietern der von dem Feuer betroffenen Wohnung gelang, nur mit dem Notdürftigsten beiseite das Feuer zu gewinnen, gerieten sechs Personen einer daneben- bzw. darüberliegenden Wohnung in Erstickungsgefahr. Zunächst war es den Wehrleuten trotz der Rauchschutzmasken infolge der riesigen Hitzeentwicklung nicht möglich, über die verqualmten Treppen nach oben zu den gefährdeten Menschen vorzudringen. Um die in äußerster Lebensgefahr Schwelenden in Sicherheit zu bringen, wurden Sprungtücher ausbreitet und zwei mechanische Leitern hochgezogen. Glücklicherweise gelang es so alle sechs Personen unverletzt zu bergen. Das Feuer konnte nach längerem Wassergeben gelöscht werden. Die Wohnung ist völlig ausgebrannt.

**Eine proletarische Körperkulturstätte.**

Bei leidlichem Wetter, so daß die zahlreich herbeigeeilten Anhänger und Freunde im Freien ihren Kaffee einnehmen konnten, eröffnete am Sonntag der dem Verband Volksgesundheit angehörige Naturheilverein Neutölln sein am Karlsplatz, nahe der Hochbahn, gelegenes Licht-Lustbad. Es zeugt von dem rühmstürftigen Streben dieses ungemein rührigen und tatkräftigen Vereins, daß er die Eröffnung mit einer kleinen eindrucksvollen Feier verband. Nach freundlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Rausch sang der von Vereinsmitgliedern gebildete Chor mehrere hübsche Volkslieder, die, wie die auch am Schluß der Feier vorgelegenen Vieder großen Beifall fanden. Der Arzt Dr. med. Buchmann hielt sodann einen Vortrag über zweckmäßiges Ernährungswesen. Er lehnte die vielfache Ueberfütterung des Fleischgenusses ab, ohne jedoch zu verkennen, daß man in proletarischen Kreisen, zumal bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit, kaum von einem großen Fleischkonsum reden kann. Wichtig aber ist es, daß den Kindern so viel wie möglich frisches, reifes Obst gegeben wird, da Obst ebenso wie Milch und Butter die lebenswichtigen Vitamine und Nährsalze enthält, die durch Kochen vernichtet werden. Fleisch und Buttermilch ist besonders in der Pubertätszeit zu meiden. Obst als Vederbissen anzusehen, ist falsch, es ist ein wertvolles Nahrungsmittel. Dr. Buchmann wies dann darauf hin, daß selbst ein in Arbeit und Lohn befindlicher Proletarier reichlichen Obstgenusses nur dann durchführen könne, wenn er auf den Genuß von Alkohol und Tabak verzichtet oder den Konsum dieser Dinge wesentlich einschränkt. Das Lustbad bezeichnete er als eine Stätte, wo der Mensch unmittelbar zum Menschen in Beziehung trete. Und da außerdem reine Luft zum Leben ebenso unentbehrlich ist wie reine Nahrung, so ist das Lustbad eine Stätte der Erziehung und Welterneuerung für Männer, Frauen und Kinder, ein wahres Volkssanatorium. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wies der Vorsitzende Rausch auch noch auf die Bedeutung der systematischen Toilettenübungen hin, wie sie im Lustbad möglich seien. Dann schloß sich unter seiner Führung ein Rundgang durch das 17 000 Quadratmeter große, mit allen modernen Einrichtungen versehene Lustbad an, das sich durch einen prächtigen Baumbestand auszeichnet. Man muß dieses Unternehmen um dessen willen so hoch schätzen, weil es ganz aus eigenen Kräften des arbeitenden Volkes aufgebaut wurde und erhalten wird.

**Ueberfall auf Reichsbannerleute.**

Der Terrorismus der nationalsozialistischen Krowdis wird immer unerträglicher. Am Sonntagnachmittag gegen 3 Uhr bewegte sich ein Zug Reichsbannerleute durch die Chausseestraße in südlicher Richtung. An der Ecke Invaliden- und Chausseestraße wurde der Zug durch „politische Gegner“, wie das B.T.B. ebenso distret wie zweideutig mittelst, belästigt, und es kam zu einem Wortwechsel. Dabei hatte sich eine Ansammlung von etwa 200 Personen gebildet. Drei Nationalsozialisten wurden festgenommen und der Abteilung Ia zugeführt. Nach Angaben der Reichsbannerleute sind sie von ihnen schon unterwegs belästigt und geschlagen worden.

**Die große Rundgebung im Sportpalast!**

Wir weisen nochmals darauf hin, daß heute abend 8 Uhr die große Rundgebung im Sportpalast stattfindet. Im Rahmen des Themas „Staatsordnung — oder nationalsozialistisch-kommunistischer Raub?“ werden der Bundesführer des Reichsbanners Landtagsabgeordneter Otto Höring, Landtagsabgeordneter Otto Ruchte und Reichsanwalt a. D. Dr. Joseph Birth alle wichtigen Fragen der Innen- und Außenpolitik, die die Republikaner heute beschäftigen, besprechen und die Forderungen und Stellungnahme der Republikaner und des Reichsbanners festlegen. Die Rundgebung erlangt dadurch eine außerordentliche Bedeutung.

**Eröffnung des deutschen Luftverkehrs.**

Aus Anlaß der am Ostermontag stattfindenden Eröffnung der Sommerflugaison empfing die Deutsche Lufthansa gemeinsam mit der Berliner Flughafen-Gesellschaft am heutigen Montag vormittag etwa 400 Vertreter der deutschen Presse im Zentralflughafen Tempelhofer Feld, um ihnen über die Entwicklung der deutschen Handelsluftfahrt und über die bevorstehenden Aufgaben im Luftverkehr Aufschluß zu geben. Das Reichsverkehrsministerium, das Preussische Handelsministerium, Schutzpolizei, städtische Behörden usw. waren vertreten.

Im Rahmen der Stadt Berlin und der Berliner Flughafen-Gesellschaft wurden die Gäste zunächst durch Stadtbaurat Dr. Adler begrüßt. Er erinnerte an die Eröffnung des Flughafens vor fast vier Jahren und gab einen Überblick über die Entwicklung der Anlagen und über deren technische Einrichtungen. Die Eröffnung des Sommerluftverkehrs 1927 bedeutet für den Flughafen Berlin gleichzeitig die Fertigstellung des ersten Hauptabschnittes im Gesamtausbau der Flughafenanlagen. Dieser Abschnitt umfaßt die völlige Einplanierung des Flugplatzgeländes in einer Gesamtausdehnung von 1 500 000 Quadratmeter, die Herstellung von rund 12 000 Quadratmeter Hallenraum, von rund 8000 Quadratmeter Bureau-, Werkstatt- und Lagerräumen und die Fertigstellung des Leibbaues des Verwaltungsgebäudes. Dieser Leibbau stellt etwa ein Fünftel des gesamten endgültigen Bauwertes dar. Der gesamte Luftverkehr wird nunmehr zentral von diesem Gebäude aus geregelt. In der Mitte des Bahnhofs befindet sich die Verteilungshalle mit den Räumen für die Abfertigung. Die Wirtschaftsführung auf dem gesamten Flughafen-Gelände ist der „Mikropa“ übertragen, die bekanntlich auch beabsichtigt, die „Luftspeisewagen“ und „Luftschlafwagen“ zu verfertigen. Stadtbaurat Dr. Adler machte gleichzeitig Mitteilung von Verkehrsverbesserungen zum Flughafen, der in diesem Jahr noch eine direkte Straßenbahnverbindung und gleichzeitig eine Station der neuen Nord-Südbahnstrecke über das Tempelhofer Feld erhalten wird. Dann sprach Direktor Milch vom Vorstand der Deutschen Lufthansa, der zunächst auf die Erfolge hinwies, die das erste Betriebsjahr der Lufthansa durch die gesamten Anlagen des Flughafens statt, worauf die Gäste Rundflüge in den modernsten Großmaschinen (dreimotorige Junkers, Rohrbach-Roland, Albatros-Schlafwagen und Dornier-Heinkel) unternahmen.

Ein Polizeibeamter tödlich verunglückt. Ein schwerer Unglücksfall, dem ein Polizeiwachmeister zum Opfer fiel, ereignete sich auf dem Handgranatenhofplatz der Schutzpolizei in der Hofenheide. Mehrere Beamte waren mit der Beseitigung von Leuchtmunition beschäftigt, als plötzlich der Polizeiwachmeister Wolf von der 3. Bereitschaft hinten am Kopf schwer getroffen zusammenbrach. W. wurde in bedenklichem Zustande in das Urban-Krankenhaus gebracht, wo er im Laufe der Sonntag-Nacht an den Folgen seiner Verletzungen starb. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche keine Sitzung.

Sprechchor für proletarische Feiernstunden: Die Liedungsstunde findet in dieser Woche am Dienstag, den 12. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gefangenen der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17 statt.

14. April, Neutölln. Aktion! Der Aurlusbabend der Genossin Lobenhagen bei Sachmann findet heute nicht statt. Nach Ostern erfolgt neue Bekanntgabe.

**Ein Auto in eine marschierende Soldatenabteilung.**

Dessau, 11. April. (B.T.B.) In der vergangenen Nacht fuhr eine Kraftmaschine in der Albrechtstraße in eine marschierende Kolonne Soldaten und verletzten 19 davon, darunter eine Anzahl schwer. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

**Zwei Arbeiter beim Rettungswerk ertrunken.**

Kreuznach, 11. April. (B.T.B.) Bei einer Paddelbootfahrt, die ein Geschwisterpaar aus Weisbaden auf der Nahe unternahm, schlug das Boot an der Pontonbrücke um. Während die Schwester sich durch Schwimmen retten konnte, wurde der Bruder von der starken Strömung gegen die Pontonbrücke getrieben und von mehreren Arbeitern, die dort arbeiteten, von einem Ponton aus gerettet. Der Ponton füllte sich dabei jedoch mit Wasser und ging unter, so daß die Brücke auseinanderriß. Die Rettungsmannschaften stürzten ins Wasser. Dabei fanden zwei Arbeiter den Tod. Die übrigen konnten gerettet werden.

**25 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.**

Hamm, 10. April. Im Ledigenheim der Zeche de Wendel in Herringen erkrankten etwa 25 Personen an Fleischvergiftung, von denen 14 Personen in Krankenhäuser nach Hamm übergeführt werden mußten. Die Vergiftungen sind wahrscheinlich auf den Genuß von verdorbenem Schweinefleisch zurückzuführen.

Das 7. Pariser Schachfestenende endete mit einem Siege der Mannschaft Aerts-De Ramara (Belgien-Amerika) mit 484 Punkten. Die Mannschaft Marcot-Junge (Frankreich-Deutschland) steht an erster Stelle mit 145 Punkten. Die Mannschaft Roets-Jusseret (Belgien) hatte noch während der letzten Stunde aufgegeben. Im ganzen wurden in den 144 Stunden Fahrzeit 3191,5 Kilometer zurückgelegt.

**Opel Rund um München**  
**SIEGER: BELLONI auf ZRIII mit CONTINENTAL**

**Städtische Oper**  
 Charlottenburg 7 1/2 Uhr:  
**Falstaff**  
 Abon. - Turnus I.  
**Rose-Theater**  
 8 1/2 Uhr:  
**Die beiden Nachigallen**  
 Waltha - Theat  
 8 1/2 Uhr:  
**Die von der Liebe leben!**  
 Das Spiel des Jahres für 1927  
 Im rally Laufe in 4 Akten  
 Jagdweise keine Zerrill!  
**Volksbühne**  
 Theater an Milowplatz 11, an Schillergardenn  
 8 Uhr:  
**Tramspiel**  
 Morgen 7 1/2 Uhr:  
**Faust.**  
**Tragödie der Liebe.**  
 Der Vorverkauf f. die Osterferien f. alle Keltardibühnen hat begonnen.  
**Deutsches Theater**  
 Norden 1034-37  
 8 Uhr, Ende 11 Uhr:  
**Der Arzt am Scheideweg**  
**Kammerspiele**  
 Norden 1034-37  
 8 Uhr, Ende 10 Uhr:  
 Letzte Aufführungen!  
**Toni**  
 Dienstag, den 12.  
 7 1/2 Uhr:  
 Zum 1. Male:  
**Lockvögel**

**Zentral-Theater**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Der blinde Zigeuner**  
 Operette von Karl Kral.  
 Altmann, Kato, Kowalski,  
 Karl, Witta, v. Felso  
**Trianon-Theater**  
**Max Adalbert**  
 8 Uhr in den 2391  
 „Müllers“  
 Sig. 3 1/2, nachm. 1-6 M.  
 Max Adalbert in „Koblenz“  
**Metropol-Theat.**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Zirkusprinzessin**

**Reichshallen-Theater**  
 Alleabendlich 8 U., Sonntag nachm. 3 Uhr.  
**Stettiner Sänger**  
 Das wundervolle April-Programm!  
 Nachmittags: Halbe  
 Preise, Volles Programm  
**Dönhoff-Breitl's**  
 Saublere,  
 Variet., Konzert u. Tanz.

**CASINO-THEATER** 8 Uhr:  
 Nur noch bis 14. April!  
**Familie Habenicht's!**  
 Ab 16. April: Eine neue lustige Posse.  
 Gutschein: Faust 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

**ERIK CHARELL BRINGT**  
 Denen Kupler Westermaler  
**Wie einst im Mai**  
**Allred Braun, Camilla Spira** u.  
 Tagl. 8 Uhr, Sonnt. nachm. 3 Uhr  
 angekrät zu halben Preisen  
 Grosses Schauspielhaus.

**Winter Variete Garten**  
 Rätchen gestaltet

**Wallner-Theater**  
 8 1/2 Uhr Der Operetten-erfolg 8 1/2 Uhr  
**Küsse in der Nacht**

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
 angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe  
 Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88  
 Fernsprecher: Norden 6523, 6526  
**Fillale Westen, Wilmersdorf!**  
 Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9531  
**Ausstellungsräume und Lager:**  
 Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
 Passage), Telefon: Köpenick 546  
 Herstellung elektr. Licht,  
 Kraft- und Signalanlagen. Verkauf  
 aller elektr. Bedarfsartikel  
 Ausführg. sämtl. Reparaturen  
 Preiswerte, gediegene Arbeit

**Gerhard Köhnen**  
 Das Haus  
 für Volkskleidung  
 und Berufskleidung  
**NEUKÖLLN**  
 Hermannstraße 76-77

**Konkurrenzlos!!!**  
 Metallbetten . . . . . 10.50 an  
 mit Polsteranlagen . . . . . 20.-  
 Sofa . . . . . 50.-  
 Schlaf-Chaiselongues . . . . . 24.-  
 Chaiselongue-Becken . . . . . 7.-  
 Wandbetten . . . . . 3.-  
 Patentmatratzen . . . . . 9.-  
 Freisendung! Ratenzahlung!  
**Göhr, Berlin, Pappelallee 12**  
**Pankow, Schmidtstr. 1.**

**Verkäufe**  
 Klappstühle, Kinderwagen, Re-  
 tallbetten mit Polsterauflage 16.50,  
 Fußbetten, Kinderbetten, Koffern-  
 wahl, Patentwagen, Spezialgeschliff,  
 Schönbauer Altes u. Schönbauer Tor.  
 Bettwagen, Schuhschrank, Einzelbetten,  
 Kissen, Federen, Senen, Eideisen, Fa-  
 bel Tischbesteck 26. Korridor  
 12 738.

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
 Bereich von hochleganten Gefell-  
 schaftsanlagen, Kofentbuletts 4,  
 Norden 6523.  
 Halbmannschaft in den weißberühmten  
 Weißhäuten Oranienstraße 72, Freitag-  
 geschliff Friederichstraße 243, werden hoch-  
 legante, verfertigte Herrenanzüge,  
 Herrenpaletots, Kustlermäntel, Schma-  
 dschen, Rebertschen, Federbetten, Arm-  
 banduhren, gebrauchte sowie neu, ver-  
 kauft. Jeder Kauf ist geldbringend.  
 Romantisierte Wandbannahmen.  
 Wenig wertvolle Profanstücke, Em-  
 pfinden, Schmuckstücke, Goldschmuck,  
 Gebrauchsgegenstände, Gummimantel,  
 Cutan-Englische, Tüllmantele, für  
 jede Figur passend. Spezialität: Hand-  
 anlagen, Sporthilla, Halpern, Rosen-  
 thalerstraße 4, erste Etage.  
 Getaugene Herrenanzüge, Spezial-  
 ität: Beschneidung, Sporthilla, Pak. Ger-  
 mannstraße 23/26, früher Rudowstraße.

**Möbel**  
 Valentinstücken, Kuffelgemalten, Re-  
 tallbetten, Chaiselongues, Wölter, Steg-  
 gerbetten, achtsche, Spezialgeschliff,  
 Rein Rubin.  
**Musikinstrumente**  
 Einpianos, überaus preiswert, Piano-  
 fabrik Pinf, Brunnenstraße 23.  
**Geldmarkt auf Kredit.** Krediton der  
 neue Gredokopparat mit Rollkran, direkt  
 ab Rohrlt ohne jeden Zwischenhandel.  
 Tischapparate 20, - 35, - 40, - 45, - 50, -  
 60, - 65, - 70, - 75, - 80, - 85, - 90, -  
 100, - 110, - 120, - 130, - 140, - 150, -  
 160, - 170, - 180, - 190, - 200, -  
 210, - 220, - 230, - 240, - 250, -  
 260, - 270, - 280, - 290, - 300, -  
 310, - 320, - 330, - 340, - 350, -  
 360, - 370, - 380, - 390, - 400, -  
 410, - 420, - 430, - 440, - 450, -  
 460, - 470, - 480, - 490, - 500, -  
 510, - 520, - 530, - 540, - 550, -  
 560, - 570, - 580, - 590, - 600, -  
 610, - 620, - 630, - 640, - 650, -  
 660, - 670, - 680, - 690, - 700, -  
 710, - 720, - 730, - 740, - 750, -  
 760, - 770, - 780, - 790, - 800, -  
 810, - 820, - 830, - 840, - 850, -  
 860, - 870, - 880, - 890, - 900, -  
 910, - 920, - 930, - 940, - 950, -  
 960, - 970, - 980, - 990, - 1000, -  
 1010, - 1020, - 1030, - 1040, - 1050, -  
 1060, - 1070, - 1080, - 1090, - 1100, -  
 1110, - 1120, - 1130, - 1140, - 1150, -  
 1160, - 1170, - 1180, - 1190, - 1200, -  
 1210, - 1220, - 1230, - 1240, - 1250, -  
 1260, - 1270, - 1280, - 1290, - 1300, -  
 1310, - 1320, - 1330, - 1340, - 1350, -  
 1360, - 1370, - 1380, - 1390, - 1400, -  
 1410, - 1420, - 1430, - 1440, - 1450, -  
 1460, - 1470, - 1480, - 1490, - 1500, -  
 1510, - 1520, - 1530, - 1540, - 1550, -  
 1560, - 1570, - 1580, - 1590, - 1600, -  
 1610, - 1620, - 1630, - 1640, - 1650, -  
 1660, - 1670, - 1680, - 1690, - 1700, -  
 1710, - 1720, - 1730, - 1740, - 1750, -  
 1760, - 1770, - 1780, - 1790, - 1800, -  
 1810, - 1820, - 1830, - 1840, - 1850, -  
 1860, - 1870, - 1880, - 1890, - 1900, -  
 1910, - 1920, - 1930, - 1940, - 1950, -  
 1960, - 1970, - 1980, - 1990, - 2000, -  
 2010, - 2020, - 2030, - 2040, - 2050, -  
 2060, - 2070, - 2080, - 2090, - 2100, -  
 2110, - 2120, - 2130, - 2140, - 2150, -  
 2160, - 2170, - 2180, - 2190, - 2200, -  
 2210, - 2220, - 2230, - 2240, - 2250, -  
 2260, - 2270, - 2280, - 2290, - 2300, -  
 2310, - 2320, - 2330, - 2340, - 2350, -  
 2360, - 2370, - 2380, - 2390, - 2400, -  
 2410, - 2420, - 2430, - 2440, - 2450, -  
 2460, - 2470, - 2480, - 2490, - 2500, -  
 2510, - 2520, - 2530, - 2540, - 2550, -  
 2560, - 2570, - 2580, - 2590, - 2600, -  
 2610, - 2620, - 2630, - 2640, - 2650, -  
 2660, - 2670, - 2680, - 2690, - 2700, -  
 2710, - 2720, - 2730, - 2740, - 2750, -  
 2760, - 2770, - 2780, - 2790, - 2800, -  
 2810, - 2820, - 2830, - 2840, - 2850, -  
 2860, - 2870, - 2880, - 2890, - 2900, -  
 2910, - 2920, - 2930, - 2940, - 2950, -  
 2960, - 2970, - 2980, - 2990, - 3000, -  
 3010, - 3020, - 3030, - 3040, - 3050, -  
 3060, - 3070, - 3080, - 3090, - 3100, -  
 3110, - 3120, - 3130, - 3140, - 3150, -  
 3160, - 3170, - 3180, - 3190, - 3200, -  
 3210, - 3220, - 3230, - 3240, - 3250, -  
 3260, - 3270, - 3280, - 3290, - 3300, -  
 3310, - 3320, - 3330, - 3340, - 3350, -  
 3360, - 3370, - 3380, - 3390, - 3400, -  
 3410, - 3420, - 3430, - 3440, - 3450, -  
 3460, - 3470, - 3480, - 3490, - 3500, -  
 3510, - 3520, - 3530, - 3540, - 3550, -  
 3560, - 3570, - 3580, - 3590, - 3600, -  
 3610, - 3620, - 3630, - 3640, - 3650, -  
 3660, - 3670, - 3680, - 3690, - 3700, -  
 3710, - 3720, - 3730, - 3740, - 3750, -  
 3760, - 3770, - 3780, - 3790, - 3800, -  
 3810, - 3820, - 3830, - 3840, - 3850, -  
 3860, - 3870, - 3880, - 3890, - 3900, -  
 3910, - 3920, - 3930, - 3940, - 3950, -  
 3960, - 3970, - 3980, - 3990, - 4000, -  
 4010, - 4020, - 4030, - 4040, - 4050, -  
 4060, - 4070, - 4080, - 4090, - 4100, -  
 4110, - 4120, - 4130, - 4140, - 4150, -  
 4160, - 4170, - 4180, - 4190, - 4200, -  
 4210, - 4220, - 4230, - 4240, - 4250, -  
 4260, - 4270, - 4280, - 4290, - 4300, -  
 4310, - 4320, - 4330, - 4340, - 4350, -  
 4360, - 4370, - 4380, - 4390, - 4400, -  
 4410, - 4420, - 4430, - 4440, - 4450, -  
 4460, - 4470, - 4480, - 4490, - 4500, -  
 4510, - 4520, - 4530, - 4540, - 4550, -  
 4560, - 4570, - 4580, - 4590, - 4600, -  
 4610, - 4620, - 4630, - 4640, - 4650, -  
 4660, - 4670, - 4680, - 4690, - 4700, -  
 4710, - 4720, - 4730, - 4740, - 4750, -  
 4760, - 4770, - 4780, - 4790, - 4800, -  
 4810, - 4820, - 4830, - 4840, - 4850, -  
 4860, - 4870, - 4880, - 4890, - 4900, -  
 4910, - 4920, - 4930, - 4940, - 4950, -  
 4960, - 4970, - 4980, - 4990, - 5000, -  
 5010, - 5020, - 5030, - 5040, - 5050, -  
 5060, - 5070, - 5080, - 5090, - 5100, -  
 5110, - 5120, - 5130, - 5140, - 5150, -  
 5160, - 5170, - 5180, - 5190, - 5200, -  
 5210, - 5220, - 5230, - 5240, - 5250, -  
 5260, - 5270, - 5280, - 5290, - 5300, -  
 5310, - 5320, - 5330, - 5340, - 5350, -  
 5360, - 5370, - 5380, - 5390, - 5400, -  
 5410, - 5420, - 5430, - 5440, - 5450, -  
 5460, - 5470, - 5480, - 5490, - 5500, -  
 5510, - 5520, - 5530, - 5540, - 5550, -  
 5560, - 5570, - 5580, - 5590, - 5600, -  
 5610, - 5620, - 5630, - 5640, - 5650, -  
 5660, - 5670, - 5680, - 5690, - 5700, -  
 5710, - 5720, - 5730, - 5740, - 5750, -  
 5760, - 5770, - 5780, - 5790, - 5800, -  
 5810, - 5820, - 5830, - 5840, - 5850, -  
 5860, - 5870, - 5880, - 5890, - 5900, -  
 5910, - 5920, - 5930, - 5940, - 5950, -  
 5960, - 5970, - 5980, - 5990, - 6000, -  
 6010, - 6020, - 6030, - 6040, - 6050, -  
 6060, - 6070, - 6080, - 6090, - 6100, -  
 6110, - 6120, - 6130, - 6140, - 6150, -  
 6160, - 6170, - 6180, - 6190, - 6200, -  
 6210, - 6220, - 6230, - 6240, - 6250, -  
 6260, - 6270, - 6280, - 6290, - 6300, -  
 6310, - 6320, - 6330, - 6340, - 6350, -  
 6360, - 6370, - 6380, - 6390, - 6400, -  
 6410, - 6420, - 6430, - 6440, - 6450, -  
 6460, - 6470, - 6480, - 6490, - 6500, -  
 6510, - 6520, - 6530, - 6540, - 6550, -  
 6560, - 6570, - 6580, - 6590, - 6600, -  
 6610, - 6620, - 6630, - 6640, - 6650, -  
 6660, - 6670, - 6680, - 6690, - 6700, -  
 6710, - 6720, - 6730, - 6740, - 6750, -  
 6760, - 6770, - 6780, - 6790, - 6800, -  
 6810, - 6820, - 6830, - 6840, - 6850, -  
 6860, - 6870, - 6880, - 6890, - 6900, -  
 6910, - 6920, - 6930, - 6940, - 6950, -  
 6960, - 6970, - 6980, - 6990, - 7000, -  
 7010, - 7020, - 7030, - 7040, - 7050, -  
 7060, - 7070, - 7080, - 7090, - 7100, -  
 7110, - 7120, - 7130, - 7140, - 7150, -  
 7160, - 7170, - 7180, - 7190, - 7200, -  
 7210, - 7220, - 7230, - 7240, - 7250, -  
 7260, - 7270, - 7280, - 7290, - 7300, -  
 7310, - 7320, - 7330, - 7340, - 7350, -  
 7360, - 7370, - 7380, - 7390, - 7400, -  
 7410, - 7420, - 7430, - 7440, - 7450, -  
 7460, - 7470, - 7480, - 7490, - 7500, -  
 7510, - 7520, - 7530, - 7540, - 7550, -  
 7560, - 7570, - 7580, - 7590, - 7600, -  
 7610, - 7620, - 7630, - 7640, - 7650, -  
 7660, - 7670, - 7680, - 7690, - 7700, -  
 7710, - 7720, - 7730, - 7740, - 7750, -  
 7760, - 7770, - 7780, - 7790, - 7800, -  
 7810, - 7820, - 7830, - 7840, - 7850, -  
 7860, - 7870, - 7880, - 7890, - 7900, -  
 7910, - 7920, - 7930, - 7940, - 7950, -  
 7960, - 7970, - 7980, - 7990, - 8000, -  
 8010, - 8020, - 8030, - 8040, - 8050, -  
 8060, - 8070, - 8080, - 8090, - 8100, -  
 8110, - 8120, - 8130, - 8140, - 8150, -  
 8160, - 8170, - 8180, - 8190, - 8200, -  
 8210, - 8220, - 8230, - 8240, - 8250, -  
 8260, - 8270, - 8280, - 8290, - 8300, -  
 8310, - 8320, - 8330, - 8340, - 8350, -  
 8360, - 8370, - 8380, - 8390, - 8400, -  
 8410, - 8420, - 8430, - 8440, - 8450, -  
 8460, - 8470, - 8480, - 8490, - 8500, -  
 8510, - 8520, - 8530, - 8540, - 8550, -  
 8560, - 8570, - 8580, - 8590, - 8600, -  
 8610, - 8620, - 8630, - 8640, - 8650, -  
 8660, - 8670, - 8680, - 8690, - 8700, -  
 8710, - 8720, - 8730, - 8740, - 8750, -  
 8760, - 8770, - 8780, - 8790, - 8800, -  
 8810, - 8820, - 8830, - 8840, - 8850, -  
 8860, - 8870, - 8880, - 8890, - 8900, -  
 8910, - 8920, - 8930, - 8940, - 8950, -  
 8960, - 8970, - 8980, - 8990, - 9000, -  
 9010, - 9020, - 9030, - 9040, - 9050, -